

Rezensionen

Bresselau von Bressendorf, Agnes: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83. Studien zur Zeitgeschichte, Institut für Zeitgeschichte, Bd. 88. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg 2015, 385 Seiten, 57 €.

Agnes Bresselau von Bressendorf schreibt in ihrem Resümee: „Kaum ein Bundesbürger konnte sich der medialen Dauerbeschallung mit Genschers entspannungspolitischen Ansichten entziehen, zu allgegenwärtig waren seine Statements, seine Stimme, sein Gesicht.“ Der Rezensent kann das als Zeitzeuge der hier in Rede stehenden späten siebziger wie frühen achtziger Jahre gerne bestätigen. Wer damals Tagesschau und Tages Themen anschaute, im Auto den Bayerischen Rundfunk oder den Deutschlandfunk hörte, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wie die *Nürnberger Nachrichten* las – nach politischem Profil wie Referenzrahmen gänzlich gegensätzliche Blätter –, der kam am Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzenden gewiß nicht vorbei.

Worum geht es? Die Autorin analysiert im wesentlichen aus Genschers Zeit die späten siebziger und die frühen achtziger Jahre. Den weiteren Rahmen stecken sein Amtsantritt als Bundesaußenminister 1974 ab, nachdem Walter Scheel sich zum Bundespräsidenten hatte wählen lassen, und die Abgabe des Amtes des Parteivorsitzenden an Martin Bangemann 1985, drei Jahre nach dem Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn. Bei allem methodischen Aufwand, den Frau von Bressendorf eingangs ihrer Darstellung treibt, vermißt man doch eine Formel, die sich gerade im Fall dieses Sujets gut auf ihre Tauglichkeit hin hätte befragen lassen. Gemeint ist Eckart Kehrs Formel vom „Primat der Innenpolitik“. Denn kein Zweifel: Die Vorgehens- und Ver-

haltensweisen Genschers dokumentieren, in welchem hohem Maße es ihm darum ging, das Amt des Bundesaußenministers zur Stärkung seiner innenpolitischen Machtstellung zu nutzen: Sofort nach Amtsantritt baute er im Auswärtigen Amt an erster Stelle den Medien- und Pressebereich aus. Den Nutzen seiner unentwegten medialen Präsentationen sollten vor allem die FDP als jeweiliger Koalitionspartner und er selbst als deren Stimme und Personifikation haben.

An Normaltagen mußte ihm um 6.30 Uhr der Pressespiegel vorliegen, um 7 Uhr ließ er sich vom Deutschlandfunk interviewen. Kalkuliert war, daß alle möglichen Agenturen und Zeitungen das dann abschrieben und weiterverbreiteten. Nicht nur den Leitorganen, sondern den diversesten Regionalblättern, die darin natürlich eine besondere Ehre sahen, stand er mit weiteren Interviews und Namensartikeln zur Verfügung. Die Personalpolitik im Auswärtigen Amt war keineswegs, wie so gerne bis heute kolportiert wird, nur an Leistungsprofilen orientiert. Im unmittelbaren Ministerbereich spielte das FDP-Parteibuch eine ganz wesentliche Rolle. Noch sehr viel wichtiger dürfte sein, daß das Auswärtige Amt in der Ära Genscher, wenn auch eher indirekt, relevanter Faktor für die innenpolitische Statik insgesamt wurde: Genscher nutzte diesen Faktor, um jeweils Distanz zum gegebenen Koalitionspartner einzunehmen, vor 1982 die SPD, danach die Unionsparteien, und zugleich die jeweilige Opposition in einer Weise einzubinden, die sie im Ergebnis mundtot machen sollte: In sozialliberalen Zeiten gab er den Anschein, profilierte Unionspolitiker privilegiert zu informieren, so daß diese sich nicht nur geschmeichelt, sondern geradezu auf einer Akteursebene einbezogen fühlen sollten – im Ergebnis so etwas wie eine Allparteienkoalition vernünftiger bzw. „realistischer“ Außen- und Entspannungspolitik mit dem Auswärtigen Amt, mit der FDP als Partei und Gen-

scher als Person in der Mitte des politischen Gesamtsystems Bundesrepublik.

Kennzeichnend ist hier der Fall des Unionspolitikers Alois Mertes. Er stammte selbst aus dem Auswärtigen Amt, zeigte nach dieser Sozialisation als CDU-Abgeordneter wohl auch so etwas wie Beißhemmung und wurde von Genscher charmiert und zumindest dem Anschein nach privilegiert. Nach dem Regierungswechsel von 1982 zum „Staatsminister“ im Auswärtigen Amt aufgestiegen, sah sich Mertes mit einem Mal von seinem nunmehrigen Chef Genscher gänzlich kaltgestellt, und alle Beschwerden beim Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Helmut Kohl nutzten nichts.

Kohl selbst allerdings ging einen Schritt, mit dem er diesem System Genscher energisch entgegenwirkte: Er vertraute die Außenpolitik im Kanzleramt seinem alten Mitarbeiter Horst Teltschik an, so daß hier ins Kanzleramt rotierende professionelle Diplomaten aus dem Auswärtigen Amt nichts mehr zu sagen hatten. Hier setzten Politprofis gegeneinander überaus geschickt Nadelstiche.

Wie die Autorin durchaus plausibel schreibt, war Genscher von Anfang an gegenüber Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer starken Position: Die inhaltliche Arbeitsteilung klappte. Der Kanzler befaßte sich vor allem mit den Materien, bei denen er sich selbst nach seinem Werdegang als Verteidigungs- und Finanzminister besonders kompetent sah, mit der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wie mit der Währungs- und Finanzpolitik.

Genscher konzentrierte sich auf die klassische Außen- und Entspannungspolitik. Wirtschafts- und Finanzpolitik waren im Kern wohl nie sein Ding. Vor diesem Hintergrund ist gewiß auch zu sehen, daß er ab Mitte der achtziger Jahre zu einem der Promotoren einer europäischen Währung, des späteren Euro, werden sollte. Es ging hier um politische Imperative, nicht um ökonomische und monetäre

Schlüssigkeit – die Folgen ragen bekanntlich in Gegenwart und wohl auch Zukunft hinein.

Ein weiteres kam hinzu: Genscher war Außenminister. Stärke und Identität der FDP zehrten vor allem von seinem Input als tatsächlich oder vermeintlich zentraler und stabilisierender Akteur auf der internationalen Bühne. Schmidt war nicht Parteivorsitzender und wurde, je mehr es dem Ende seiner Kanzlerschaft entgegen ging, desto stärker vom linken Flügel der eigenen Partei wie vom Parteivorsitzenden Willy Brandt düpiert, an erster Stelle in der Frage des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses.

Die „Grammatik“ (so Clausewitz für ein strategisches Grundverständnis) von Genschers Außenpolitik analysiert Frau von Bressendorf an zwei Fällen, am sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zu Weihnachten 1979 und an der Krise in Polen, beginnend mit den Streiks in Danzig vom August 1980 und kulminierend mit der Verhängung des Kriegszustandes und der Unterdrückung der Gewerkschaft Solidarność am 13. Dezember 1981. In beiden Fällen werden bestimmte Muster deutlich:

Genscher war jeweils in Bonn vor Ort, prägte die bundesdeutschen Sprachregelungen, fütterte die Medien, und Schmidt war jeweils am falschen Platz: Beim Einmarsch in Afghanistan urlaubte er auf Mallorca und ließ sich von seinem Außenminister sagen, er solle ruhig dort bleiben, um dem Publikum Normalität zu suggerieren.

Bei der Verhängung des Kriegszustandes in Polen weilte Schmidt in der Uckermark zu innerdeutschen Chefgesprächen mit SED-Generalsekretär Erich Honecker. Er mußte sich von ihm düpiert lassen – Honecker verdrehte die Wahrheit und flötete, er habe von alledem auch nichts gewußt. Schmidt in der Pressekonferenz in der verschneiten Schorfheide: „Herr Honecker war genauso bestürzt wie ich, daß dies nun notwendig war.“

In beiden Fällen, Afghanistan wie Polen, bemühte sich Genscher tatsächlich, harten amerikanischen Reaktionen vorzubeugen, wenn es ging, koordiniert mit den französischen und britischen Verbündeten, und dies jeweils eingehüllt in einen Nebel von verbalen Wohlverhaltensbekundungen. Wenn es in der Sache Divergenzen gab, war von Genscher sinngemäß zu vernehmen, ausgehend von grundsätzlichen Gemeinsamkeiten sei man in einer vertrauensvollen Kommunikation gerade dabei, gemeinsame Vorgehensweisen zu entwickeln. In aller Regel ließ sich das Publikum durch derartiges Schwenken mit rhetorischen Weihrauchfässern einlullen. Tatsächlich war es so, daß Genscher jeweils die harte Auseinandersetzung mit der sowjetischen Politik dadurch zu vermeiden suchte, daß er die amerikanische Politik sozusagen eindämmte und sedierte.

Charakteristisch war wohl auch sein kommunikatives Verhalten nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen: Genscher kommunizierte und konferierte vor allem mit der polnischen Führung und mit den Spitzen der katholischen Kirche in Polen. Ähnlich Brandt und Schmidt vermied auch er eine vertrauliche Kommunikation mit Exponenten der Gewerkschaft *Solidarność*. Stabilität blieb das entscheidende Kriterium.

Gerne erführen die Leser mehr über zwei andere Begebenheiten aus dieser Zeit: Genschers Rolle in den Auseinandersetzungen um NATO-Doppelbeschluß und NATO-Nachrüstung bleibt blaß. Das gilt ebenso für die innenpolitische Konfliktkonstellation des Jahres 1980: die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß und die Kampagnen gegen ihn als einen Entspannungsgegner, der ein Gefahrenmoment für die europäische Sicherheit sei. Genscher und mit ihm die FDP haben vom angeblichen „Kriegstreiber“ Strauß des Jahres 1980 ganz maßgeblich profitiert. Was hier aber wie inszeniert wurde, bleibt dem Leser vorenthalten.

Im Grunde endet das Buch mit dem Ende der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982. Der Leser hätte aber naturgemäß gerne eine Fortsetzung:

Die Rolle Helmut Kohls und des Bundeskanzleramtes in den Wiedervereinigungsmonaten der Jahre 1989 und 1990 ist vielfach dargestellt und untersucht worden. Für Genscher gibt es nichts Vergleichbares: Wie stand es um ihn, sein Auswärtiges Amt und seine Rolle als wenn nicht mehr Vorsitzender, so doch politisches Schwergewicht in der FDP seit Mitte der achtziger Jahre, seitdem Michail Gorbatschow auf die Bühne getreten war? Wie stand es um seine Reputation bei den Amerikanern? Wie sind die von ihm kolportierten Modelle für eine künftige sicherheitspolitische Lösung für das DDR-Territorium zu sehen, wie sein Helmut Kohl treffendes Insistieren auf eine frühzeitige völkerrechtlich wirksame Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sozusagen in Abstimmung mit der Opposition in Bonn gegen den eigenen Kanzler? Das sind alles spannende Fragen, die hier nur angerissen werden können.

Frau von Bressensdorfs Doktorvater und IfZ-Direktor Andreas Wirsching täte wahrscheinlich nicht schlecht daran, für diese Zeit eine Folgeuntersuchung in Auftrag zu geben. Die Sache selbst wäre so lohnend, daß Methodenkapitel und theoretische Einführungen sehr im Rahmen bleiben könnten.

Peter März

Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder. Die Biographie. München: Deutsche Verlagsanstalt 2015, 1040 Seiten, 39,95 €.

Als Gerhard Schröder 1980 Bundestagsabgeordneter wurde und es für zunächst sechs Jahre blieb, war Hans Dietrich Genscher bereits gleichfalls sechs Jahre, seit 1974, Bundesaußenminister. Als Genscher 1992 das Auswärtige Amt verließ, war Schröder bereits seit zwei Jahren niedersächsischer Ministerpräsident.

Zwischen beiden liegt also in etwa der Zeitraum einer halben Politikergeneration.

Gregor Schöllgens Schröder-Biographie wurde mit einer Professionalität plaziert, die staunend macht: Am 22. September 2015 präsentierte seine Nachfolgerin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, das Buch in der Bundespressekonferenz. Naturgemäß ging es dabei weniger um die zeitgeschichtliche Analyse als um die – milde formuliert – selbstbewußte Begegnung von Vorgängerin und Nachfolgerin, die sich über Erlebnisse und Rollenverständnisse ausließen.

Sehr schnell und sehr kompakt war auch die Rezensentenzunft in den „Leitmedien“ zur Hand: Am Tag der Kanzlerinpräsentation, am 22. September, nahm sich Rainer Blasius in der *FAZ* etwa eine halbe Seite, bei der er allerdings, ob in bestimmter Absicht oder nicht, sehr im Additiv-Nacherzählenden verharrte. Analytischer und zugleich vitaler umkreiste, gleichfalls am 22. September, Daniel Friedrich Sturm das Sujet Schröder in der *Welt*. Sturm, unbestritten einer der besten Kenner der Sozialdemokratie in den achtziger und neunziger Jahren, konzentrierte sich auf die lebenskulturellen Wandlungen, die Schröder in seiner Biographie erfuhr, wie die ganz unterschiedlichen Politikentwürfe, die ihn über die Jahrzehnte auch prägten.

Anders und fast gegensätzlich Franziska Augstein, auch sie an diesem 22. September, in der *Süddeutschen Zeitung*. Augsteins Kritik galt primär dem Sujet jener Unternehmerbiographien, durch die Gregor Schöllgen auf sich aufmerksam gemacht hat. Die Schröder-Biographie, die schon nach Kompositorik und Quelledichte in einer ganz anderen Liga angesiedelt ist, in diesem anderen Sujet Schöllgens zu platzieren, erscheint freilich wenig angebracht. Noch sehr viel mehr daneben lag die „Rezension“ – hier nur in Anführungszeichen zu setzen – von Schröders Widersacher Oskar Lafontaine in der Oktoberausgabe des *Cicero*.

Mit der Wahl dieses Kommentators tat sich das Intellektuellenblatt allerdings keinen guten Dienst: Lafontaine demonstrierte wieder einmal, daß ihm jede Gelegenheit recht kommt, um seine vulgär-keynesianischen Imaginationen zu verbreiten. Die Quintessenz ist ganz einfach: Ohne die Agenda 2010 (und subkutan mit immer mehr Staatsverschuldung) wäre so etwas wie ein sozialdemokratisches Paradies bzw. „Volksheim“ sicher zu realisieren gewesen – und ebenso sicher wäre die SPD auf Bundesebene 40-Prozent-Partei geblieben.

Am unterhaltsamsten und besten aus diesem Kreis ist wohl die Rezension von Moritz Rinke am 24. September 2015 in der *Zeit*. Hier wird anhand der Sache selbst klar, daß Politik unter den Bedingungen unserer Zeit zumeist eben nicht die Durchsetzung großer Entwürfe ist – wie es Franziska Augstein vom intellektuellen Katheder her annahmt –, sondern ein sehr situatives Wahrnehmen, je nach Lage entscheidend, korrigierend und vermittelnd. Nicht zu vergessen: In die Bundestagswahl 1998, die am Beginn seiner Kanzlerlaufbahn stand, ging Schröder weder mit einem Gesamtkonzept noch mit so etwas wie einem „rot-grünen Projekt“. Die Taktfolge ist eng, die Konstellationen sind komplex: So verband die Ministerpräsidenten Schröder (in Niedersachsen) und Stoiber (in Bayern) überraschend viel: beide mit der Neigung zu einer interventionistischen Wirtschaftspolitik, beide als Verbündete der Automobilindustrie in ihren Ländern, im Trio mit Kurt Biedenkopf, der den Freistaat Sachsen repräsentierte, skeptisch gegenüber dem Euro. Danach lag das Duell des Jahres 2002, die knapp gescheiterte Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers gegen Gerhard Schröder.

Es ist Gregor Schöllgen hoch anzurechnen, daß er Schröders kritische, eigentlich ablehnende Position zum Euro zitiert, so formuliert ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 1998:

„Es besteht die Gefahr riesiger Transferzahlungen von Nord nach Süd, wenn wir nicht aufpassen. Wird die Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht koordiniert, dann könnten erhebliche ökonomische Unterschiede auftreten, die die wohlhabenden Länder zu enormen Ausgleichszahlungen innerhalb Europas zwingen.“ Das klingt, als habe Cassandra Schröder die Griechenland- (und Italien-) Krise in ihrem ganzen Umfang kommen sehen.

Kein Zweifel: Schöllgens Tausendseitenwerk ist nicht nur um vieles unterhaltbarer geschrieben als Edgar Wolfrums vor zwei Jahren erschienene Monographie über die rot-grüne Zeit von 1998 bis 2005; es leuchtet die Konstellationen auch sehr viel tiefer aus. Die Materialgrundlage war offenkundig um vieles besser. Das liegt wohl nicht nur am vitaleren Sujet der Biographie. Schöllgen hat auch das bessere Gespür für die Figuren und die Zusammenhänge.

Er selbst hätte sich freilich deutlich kürzer fassen können, wenn er es über sich gebracht hätte, auf eine geradezu altkluge Vorgehensweise zu verzichten: Immer wenn ein neuer Akteur die Bühne betritt, sei es Helmut Kohl, sei es Joschka Fischer, sei es einer der US-Präsidenten, dann wird raumfüllend eine Kurzbiographie dieser Figur gleich mitgeliefert. Dasselbe gilt für alle möglichen Lagen, die sich einstellen und die erst einmal weit zurückreichend historisch abgeleitet werden. Daß der Autor mit deutscher Nachkriegsgeschichte bestens vertraut ist, bedarf aber nicht stets neuer Beweisführung.

Die Kurzformeln für die Schröder-Biographie überraschen nicht: der soziale Aufstieg von weit unten über den Zweiten Bildungsweg, die Ausbildung zum Volljuristen, der Weg zum Regierungschef und zum vermögenden Wirtschaftsberater und Autoren nach dem Ausscheiden aus dem Bundeskanzleramt 2005. Die zweite Kernentwicklung ist die vom sich halb marxistisch gebenden Juso zum Anhänger einer Wirtschaftspolitik, die

auf das starke Unternehmen fixiert ist und irgendwie das liberale mit dem interventionistischen Moment zusammenzubringen sucht – Stichwort: Agenda 2010, Stichwort: Autokanzler.

Schöllgens Ausgangsthese, Schröder, der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten (1978 bis 1980), habe sich im Juso-Kosmos marxistisch gebärdet, um erst einmal eine Machtgrundlage zu gewinnen und dabei echte und überzeugte Marxisten instrumentalisiert, trägt. Deutlich wird, wie geschickt er dabei voringing: Er bewegte sich im Mainstream des linken SPD-Flügels, zeigte sich im Kielwasser der „Friedensbewegung“, die den NATO-Doppelbeschluß ablehnte, und war doch klug genug, nicht alle Brücken zu Helmut Schmidt und seinen Verbündeten abzurechen.

Ähnliches gilt für seinen Umgang mit der DDR und der deutschen Frage bis zum Einzug in die niedersächsische Staatskanzlei 1990. Die DDR hat Schröder insgesamt elfmal besucht; erstmals machte er im April 1981 Egon Krenz, im SED-Zentralkomitee zuständig für die Jugendarbeit, seine Aufwartung. Seine parallel durchgeführte Stasi-Überwachung nahm die Bezirksverwaltung Magdeburg, Abteilung XV, vor. In Magdeburg liefen die Fäden der Überwachung des niedersächsischen Politmilieus zusammen. Wirklich Gravierendes kam bei Stasi-Spitzeleien gegen Gerhard Schröder freilich nicht zutage. Höhepunkt seiner eigenen DDR-Kontakte war die Visite bei Erich Honecker am 13. September 1985 – für einen bloßen Oppositionsführer eines westdeutschen Landtags damals ein beachtlicher Gunstbeweis. Die Lackmusprobe bei diesem Gespräch waren die bekannten Geraer Punkte Honeckers von 1980. Schröder kam dem SED-Generalsekretär dabei weit entgegen, ohne freilich, alle juristischen Bedenken beiseite lassend, ganz über den Rubikon zu gehen: Er sprach sich für eine pragmatische Vorgehensweise in der Frage der Elbe-Grenze aus (Ostufer oder Mittellinie

des Flusses), plädierte für eine faktische, aber nicht rechtlich umfassende Anerkennung bzw. Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft („Richtig sei, wenn die DDR darauf verweise, daß sie ein Staat mit seinem Territorium, seinem Staatsvolk und seiner Staatsbürgerschaft ist. Die Erwartung an jeden, der staatliche Beziehungen unterhält, dies zu respektieren, sei gerechtfertigt und sinnvoll.“) und zeigte sich vor allem bereit, als Regierungschef in Hannover die Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter für DDR-Unrechtstaten zu schließen. Aus heutiger Sicht liest sich das alles zwar ziemlich bestürzend, mit etwas analytischer Gelassenheit wird man freilich hinzufügen müssen, dass dies alles damals nicht sehr originell war. Es entsprach deutlich dem Mainstream des linken Zeitgeist-Flügels innerhalb des sozialdemokratischen Kräfteparallelogramms. Andere SPD-Akteure gingen bekanntlich, was etwa eine volle Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit oder den programmatischen Diskurs mit der SED anbelangt, deutlich weiter.

Als Gerhard Schröder 1998 Bundeskanzler wurde, war Deutschland bereits seit acht Jahren staatlich wiedervereintigt. Schöllgen hätte nicht schlecht daran getan, an dieser Stelle darüber zu reflektieren, daß nun eine Mannschaft die Kommandohöhen in Kanzleramt und Ministerien besetzte, deren wesentliche Akteure bis mindestens Ende 1989 das Ende der deutschen Teilung und das Verschwinden der DDR kritisch, vielfach eindeutig ablehnend gesehen hatten: der nur für wenige Monate amtierende (bis März 1999) Bundesfinanzminister (und seit 1995 Parteivorsitzende) Oskar Lafontaine, zugleich der Kanzlerkandidat des Jahres 1990, der sich postnational dünkende Bundesaußenminister Joschka Fischer, der Bundesinnenminister Otto Schily, welcher die Ostdeutschen mit der berühmten Banane provoziert hatte, oder etwa auch die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und nicht zu verges-

sen Bundesumweltminister Jürgen Trittin, Partner Schröders schon in der rot-grünen Regierung in Niedersachsen von 1990 bis 1994.

Eine bemerkenswerte List der Geschichte: Die Wiedervereinigungsmannschaft von 1990 aus CDU/CSU und FPD war längst ausgelaugt und nun krachend abgewählt worden, jetzt mußten die alten Gegenspieler, die Anhänger eines postnationalen „Projektes“, den wiederhergestellten Nationalstaat weiterführen.

Ein ähnliches „Versäumnis“ begegnet den Lesern bei der Analyse des Wahljahres 2002: Gewiß, es war das Duell Schröder gegen Stoiber mit dem bekannt knappen Ausgang. Schöllgen, der ja viel und gerne über internationale Beziehungen publiziert, läßt sich hier intensiv über die innerdeutschen Positionen angesichts der drohenden Irak-Intervention der USA unter Präsident George W. Bush aus. Unbestreitbar, hier tat sich Schröder viel leichter als Stoiber und machte Punkte. Schröder verdankte seinen knappen Sieg am Ende aber eben nicht nur der Rolle als „Friedenskanzler“. Auf den letzten Metern war es vor allem die Rolle als „Deichgraf“ in Gummistiefeln, als in Mitteldeutschland das Elbehochwasser ganze Landschaften zu verwüsten drohte. Am Ende wurde die Fortsetzung von Rot-Grün 2006 nicht dadurch möglich, daß zwischen SPD und CDU/CSU ein kaum wahrnehmbarer Abstand von 6 000 Stimmen erhalten blieb. Schröders Stilisierung als Friedenskanzler mit amerikakritischem Akzent wie als fürsorglicher Deichgraf im Osten nahm dort der PDS den Wind aus den Segeln: Sie blieb bei der Bundestagswahl 2002 mit vier Prozent der Zweitstimmen unter der Fünfprozentklausel, erhielt nur zwei Direktmandate und war damit faktisch für die nächsten vier Jahre als Machtfaktor im Bundestag nicht vorhanden. Wäre es anders gekommen, wäre Schröder nur die Option einer großen Koalition geblieben, und Rot-Grün wäre bereits nach vier Jahren am Ende gewesen. Vom konkreten

Wahlergebnis abgesehen: Rot-Rot-Grün – das wäre für Schröder schwerlich eine Option gewesen, und gleichwohl, zu Ende gedacht, mit einer solchen Verbindung hätte es eine „Agenda 2010“ und die spätere Modernisierung des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells gewiß nicht gegeben.

Manch weitere Schmankerl mag der Leser noch entdecken, so die Geschichten um das tatsächliche oder vermeintliche nordrhein-westfälische Wahlkampf- und Mediengenie Bodo Hombach. Als Gerhard Schröder 1986 den ersten Anlauf unternahm, Ernst Albrecht als Ministerpräsident in Hannover abzulösen, kam ihm, wie Schöllgen schreibt, die nordrhein-westfälische Politik dazwischen und vermässelte den Wahlerfolg: Schröder wollte eigentlich schon 1986 mit der Parole Rot-Grün in den Wahlkampf ziehen. Johannes Rau, der Kanzlerkandidat von 1987, von Bodo Hombach gecoacht, untersagte ihm das, weil Rot-Grün für die bundespolitische Optik damals noch inakzeptabel erschien. In der Folge aber warb Schröder Hombach gewissermaßen vom Rhein an die Leine ab, zog ihn in den Radius seines eigenen Hofes, bis Hombach schließlich 1998 Chef des Bundeskanzleramtes wurde. Dort ging es dann freilich nicht lange gut. Der Trouble-Shooter Bodo Hombach paßte nicht in einen eben auch bürokratischen Apparat, Frank-Walter Steinmeier stieg auf und mußte übernehmen.

Der Leser wird, das zeigt gerade dieses Beispiel, bei Gregor Schöllgen ebenso gut informiert wie unterhalten. Der Leser tut freilich ebenso gut daran, sich auch von seinem Autor zu emanzipieren, Kontexte wie Konstellationen selbständig weiterzudenken, und er wird manchmal zu ganz eigenen Schlußfolgerungen finden. Und schließlich: 200 Seiten weniger hätten dem Ganzen nicht geschadet.

Peter März

Storck, Matthias: „Karierte Wolken“. Lebensbeschreibungen eines Freigekauften. Mit einem Vorwort von Wolf Biermann. Gießen: Brunnen Verlag 2014, 208 Seiten, 9,95 €.

„Vierzehn Betten auf etwa zwanzig Quadratmetern, eine Toilette für alle, ein Waschbecken mit kaltem Wasser. Der Blick aus dem Fenster: erst der Beton des Hofes, dann die Mauer mit Stacheldraht und Elektrozaun, dann der Streifen für die Hunde“ –mit diesen eindrücklichen Bildern wird ein Kapitel eröffnet, in welchem Matthias Storck seine Erlebnisse aus dem Gefängnis in der DDR schildert. Das Kapitel „Erziehungsbereich 8, Zelle 213“ gehört einer kleinen Sammlung von „Nachgeschichten“ an, die im letzten Teil dieser packend geschriebenen Erinnerungen abgedruckt sind. „Erziehungsbereich“ anstatt „Gefängnis“, das ist einer jener Euphemismen, die es in der DDR zuhauf gegeben hatte. In der Debatte über den Charakter als „Unrechtsstaat“ war allenthalben zu kurz gekommen, daß es sich bei der DDR in jedem Falle um eine Erziehungsdiktatur gehandelt hatte. So verkündeten plakatierte Parolen die vorgegebene Richtung für die Formung des sozialistischen Menschen. Bei Verfehlungen nahmen die zuständigen „staatlichen Organe“ leidenschaftlich „Belehrungen“ vor. Der erhobene Zeigefinger war sozusagen institutionalisiert.

Die Erinnerungen von Matthias Storck beginnen mit den „Vorgeschichten“, in denen von seiner Jugend- und Studentenzeit in der DDR erzählt wird. Bereits Matthias Storcks Vater, ein evangelischer Pastor, läßt sich nicht alles bieten, was die Obrigkeit verordnet. Dann stellen sich erste Erfahrungen der Ausgrenzung vom üblichen Alltag ein, finden heimliche Gespräche über das „Abhauen“ und den „Westen“ statt. Dazu gibt es Musik von Bob Dylan, Camel-Zigaretten und auch viel Bier – eine ganz normale Jugend. Im Herbst 1976 nimmt Matthias Storck ein Theologiestudium in Greifswald auf. Erster Widerstand kam im Leben des jungen

Studenten auf, als die Einführung einer „Sozialistischen Wehrerziehung“ zum Schuljahr 1978/1979 verkündet wurde. Storck vermißt den massiven Widerstand der Kirchenleitung. Es gelingt ihm schließlich mit einem Freund, seinen Protest, den er in Form einer Eingabe an die Ministerin für Volksbildung Margot Honecker geschickt hatte, persönlich beim Berliner Bischof Albrecht Schönherr und dessen Kirchenjuristen Manfred Stolpe vorzutragen. Nach diesem Empfang war Matthias Storck bitter enttäuscht: „Uns wird kalt im warmen Juli. Als wir die Kanzlei verlassen, fühlen wir uns einsamer als je zuvor.“

Auf den legendären „Bluesmessen“ des Pfarrers Rainer Eppelmann fühlen sich Matthias Storck und seine Verlobte Christine deutlich wohler. Doch bald sollte die Verhaftung der beiden folgen. Erst nach drei Monaten bekommt Storck einen Anwalt zu Gesicht, der ihm unverzüglich mitteilt, daß über diesen Vorgang vor Abschluß der Untersuchungen nicht gesprochen werden darf. Vielmehr gehöre es zu seinen „Aufgaben“ die Mandanten zu besuchen. Nüchtern stellt Storck fest: „Seine ‚Aufgabe‘ nennt er es also, den Anschein geregelter Gerichtsbarkeit vorzutäuschen.“ Nach einer Gerichtsverhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde Storck unter anderem wegen „Gruppenbildung“ zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Ohne Pathos und in geradezu distanzierter Sachlichkeit schildert Storck seinen Häftlingsalltag in der DDR. Tagsüber auf dem Bett zu liegen war verboten und eingeschleuste Zellenspitzen sorgten für zusätzliche psychische Belastung in einer Welt von Enge, Gestank und Willkür.

Nach vierzehn endlosen Monaten Haft sollte überraschend die Freilassung erfolgen, vorher mußte Storck die „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR“ unterzeichnen. Im Bus drohte der Ost-Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel ein letztes Mal durch das Mikrofon: „Wenn Sie im Westen ein Sterbenswört-

chen über diesen Freikauf verlieren, wird kein Bus mehr diesen Gefängnishof verlassen. Dafür werde ich ganz persönlich sorgen!“.

Zu den „Nachgeschichten“ gehört auch eine Begegnung mit einer früheren Aufseherin des Frauengefängnisses Hohe-Neck, die nach der Wende in deren Wohnzimmer stattgefunden hatte. „Ich habe absolut ein reines Gewissen. Ich habe nichts getan, wofür ich mich schämen müßte“, verkündete die ehemalige „Erzieherin“. So sieht die Befindlichkeit jener aus, deren Partei immer recht hatte! Im Regal hinter ihr stehen, ‚Seit‘ an ‚Seit‘, die Werke von Lenin, Walter Ulbricht und Erich Honecker.

Diesen eindrucksvollen Erinnerungen hat der Liedermacher und DDR-Kritiker Wolf Biermann ein engagiertes Vorwort beigesteuert. Offiziell verfeimt, konnte der gelernte Kommunist Biermann zu DDR-Zeiten lediglich zuweilen in Gemeinden der Evangelischen Kirche auftreten. Als Biermann im November 2014 seine heftige Abrechnung mit der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ vorgetragen hatte, erwähnte er auch Matthias Storck. Unvermittelt sah sich Friedrich Schorlemmer, Kirchenmann aus Wittenberg, dazu veranlaßt, Biermann öffentlich als einen „Giftgnom“ zu bezeichnen, der in der Vergangenheit steckengeblieben sei. Ein grotesker Vorwurf, wenn man bedenkt, daß Schorlemmer ausgerechnet mit Gregor Gysi in der gemeinsamen Publikation „Was bleiben wird“ über die DDR nachdenkt. Über Fehler und auch darüber, was „bedenkenswert bleibt an dem gesellschaftlichen Projekt, das die DDR gewesen ist“.

Ein Spektakel, das Schaudern verursacht. Man stelle sich vor, daß 25 Jahre nach Kriegsende ein Theologe und ein im „Dritten Reich“ etablierter Rechtsanwalt in ähnlicher Weise öffentlich räsoniert hätten.

Volker Strebel

Foitzik, Jan (Hrsg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 19, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2015, 632 S, 74,95 €.

Der Band befaßt sich mit ordnungspolitischen und juristischen Vorgaben, Überlegungen, Direktiven und Befehlen, die die sowjetische Besatzungsmacht nach 1945 in ihrer Besatzungszone durchsetzte bzw. durchzusetzen gedachte. Dabei stehen im Zentrum des Interesses die Zusammenarbeit mit den deutschen Kommunisten und die tatsächliche Umsetzung der Vorgaben. Das alles ist weder neu, noch ist eine sonderlich spannende Untersuchung und Dokumentation zu erwarten, da Verwaltungsgeschichten meist jenen spröden Charme verbreiten, den Verwaltungsbeamte in den grauesten Klischees verströmen. Der Aufbau entspricht den Erwartungen: eine Einführung des Herausgebers, ein aus dem Russischen übersetzter Text eines Historikers und eine monographisch angelegte Untersuchung des Buchthemas ebenfalls vom Herausgeber. Anschließend folgen 82 Dokumente aus deutschen und russischen Archiven, die sorgfältig und umfassend wissenschaftlich kommentiert worden sind. Alles in allem also ein wissenschaftlich solider Band, ohne dessen Existenz viele Bibliotheken keine Platzprobleme hätten? Ein Band also, den im besten Falle nur Gutachter, Lektoren und (sehr unwahrscheinlich) Rezensenten lesen?

All das mag auf viele Editionen zutreffen. Auf diese jedoch keineswegs! Dieses Buch gleicht, wenn schon nicht einer Sensation, so doch einer wissenschaftlichen Überraschung, wie sie nur selten zu bestaunen ist. Jan Foitzik hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Publikationen vorgelegt – mir fällt keine ein, die nicht überzeugte, wissenschaftlich herausragte und zu einem Standardwerk avancierte. Und der russische Autor in diesem Band,

Nikita W. Petrow, zählt seit Ende der 1980er Jahre im Umkreis von Memorial zu den wichtigsten russischen Historikern überhaupt. Ihm verdanken wir einige der wichtigsten Werke über den Gulag – und beiden Autoren zusammen die wichtigsten Veröffentlichungen über die sowjetische Geheimpolizei im Nachkriegsdeutschland. Foitzik hat sich überdies verdient gemacht bei der Aufhellung der sowjetischen Besatzungspolitik – verdient wie kaum ein zweiter Historiker. Das neueste Buch reiht sich ein in diese Phalanx von Standardwerken.

Der Titel des Buches läßt – wie eingangs beschrieben – keine Hoffnung aufkeimen, wir hätten es hier nicht mit einer über spröde Verwaltungsarbeit hinausgehende Arbeit zu tun. Tatsächlich aber entfalten die beiden großen Essays sowie die sorgfältig betreute Edition einen Blick auf die SBZ und auf das Beziehungsgeflecht von Moskau, sowjetischer Besatzungsmacht, KPD/SED, anderen politischen Kräften und der Gesellschaft, wie wir es zuvor so eindringlich, präzise, multiperspektivisch und empirisch dicht weder nachlesen noch analytisch untersucht (durch Foitzik und Petrow) nachlesen konnten.

Drei Dinge sollen hervorgehoben werden: Zunächst wäre die Vielfalt der Dokumente zu erwähnen. Sie veranschaulichen auf eine völlig neuartige Tiefe die Besatzungsrealität und verbinden zugleich das Regionale und Lokale der Zone, zeigen heterogene Vorgänge ebenso wie frühe Zentralisierungsbestrebungen. Damit ist auch der zweite Punkt bereits angesprochen: Die Edition verknüpft Zentrale, Länder und Regionen miteinander, zeigt Besonderheiten und Verbindendes im großen wie kleinen auf. Und damit ist das Neue, drittens, angesprochen: die Dokumente und die eindringlichen Analysen von Foitzik und Petrow belegen wissenschaftlich neuartig, daß die Durchsetzung der sowjetischen Ordnungsvorstellungen von Beginn an auf die unumschränkte Machtposition der

Kommunisten orientiert war. Natürlich gab es zunächst einen Kompetenzwirrwarr und widerstreitende Interessen. „Die ordnende Hand“ mußte noch aus vielen Händen geformt werden. Wie das gelang und vor allem wie schnell, das zeigt diese Edition. Selten ist es wissenschaftlich so überzeugend gelungen, zu veranschaulichen, daß der Aufbau der kommunistischen Alleinherrschaft von Anfang an – trotz taktischer Geplänkel – auch ordnungspolitisch und verwaltungsstrategisch zielstrebig angegangen und umgesetzt worden ist.

Den Band beschließt ein Sachregister. Ein Personenregister war verzichtbar, ein geographisches Register hingegen wäre nützlich gewesen. Von den 82 abgedruckten Dokumenten erscheint nur das Dokument Nr. 82 überflüssig und nicht in den Band passend. Denn der Politbürobeschuß über die „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“ ist einerseits bereits mehrfach abgedruckt worden. Zum anderen ist das Jahr 1956, aus dem der Beschluß stammt, nicht Gegenstand des Buches. Aber diese randständige Einlassung kann den überaus positiven Eindruck nicht beeinträchtigen. Jan Foitzik hat ein weiteres Standardwerk vorgelegt, das den Aufbau der kommunistischen Diktatur seit 1945 präzise, anschaulich und empirisch sehr dicht anhand der neuen, am sowjetischen Modell orientierten Verwaltungsstrukturen aufzeigt.

Ilko-Sascha Kowalczyk

Voß, Klaas: Washingtons Söldner. Verdeckte US-Interventionen im Kalten Krieg und ihre Folgen. Hamburg: Hamburger Edition 2014, 590 Seiten, 38 €.

Der Kalte Krieg war in hohem Maße mit einer anderen weltgeschichtlichen Zäsur verwoben, die sich bis in die 1970er Jahre hinein als zur Ost-West-Konfrontation parallellaufender Prozeß entfaltete: Die Rede ist vom Zerfall der europäischen

Kolonialreiche und dem Entstehen junger, häufig multi-ethnischer Nationalstaaten in Asien und Afrika. War die Entkolonialisierung an sich schon eine ungeheure revolutionäre Umwälzung, die etablierte Ordnungen im großen Stil beseitigte, verschärfte sich ihre Dramatik häufig noch zusätzlich dadurch, daß sie ins Fahrwasser des Kalten Krieges geriet, der den unterschiedlichen lokalen Gewaltakteuren politische und militärische Anknüpfungspunkte bot, die ein erhebliches Eskalationspotential in sich bargen.

Die Perspektive der USA und ihrer europäischen Bündnispartner, die vielfach Kolonialmächte waren, war dabei von dem Umstand geprägt, daß Räume ihrer Kontrolle entglitten, die im Zweiten Weltkrieg noch ein sicheres Hinterland waren, welches zur ökonomischen und militärischen Kriegsanstrengung beigetragen hatte. Die Sowjetunion sah sich hingegen in ihrem revolutionären Weltbild bestätigt und begriff sich als natürlichen Verbündeten der Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten. Während die Sowjets und ihre Verbündeten die Aufstandsbewegungen munitionierten, sahen sich die westlichen Akteure zumeist mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, den Übergang von einer nicht mehr tragfähigen Ordnung hin zu einer neuen Stabilität zu gewährleisten, die ihren geopolitischen Interessen einigermaßen Rechnung trug. Die dabei eingesetzten Mittel waren vielfältig, wobei die ökonomische Potenz des Westens und seine Fähigkeit, in erheblichem Maße Entwicklungshilfe zu leisten, wohl den größten Anteil daran hatten, die Raumgewinne des Sowjetkommunismus überschaubar zu halten.

Klaas Voß befaßt sich in seinem sehr gut lesbar geschriebenen Buch allerdings mit einem sehr viel kontroverseren Kampfmittel des Westens im globalen Kalten Krieg: dem Einsatz von weißen Söldnern aus Europa, den USA oder Südafrika. Er analysiert dabei vier Konflikte, den Krieg nach der Unabhängigkeit des Kongo, den

Bürgerkrieg in Angola nach dem Abzug der Portugiesen sowie die Auseinandersetzung zwischen der weißen Minderheitsregierung Rhodesiens und den schwarzen Guerillaarmeen des zukünftigen Simbabwe. Als vierter Konflikt kommt der zweite Bürgerkrieg in Nicaragua hinzu, der kein klassischer Entkolonialisierungskonflikt war, sondern nach dem Sturz des Diktators Somoza durch den Versuch der sandinistischen FSLN ausgelöst wurde, ein marxistisch-leninistisches Regimes zu etablieren. In all diesen Fällen waren es jedoch die USA, die die von ihnen begünstigte Konfliktpartei mehr oder minder verdeckt mit Söldnern unterstützten.

Voß hat für seine Arbeit eine bewundernswürdige Vielzahl von Quellen ausgewertet. Der großen Offenheit der amerikanischen Gesellschaft ist es zu verdanken, daß sich darunter zahlreiche Schlüsseldokumente aus der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Geheimdienst CIA befinden. Hinzu kommen aber auch die Veröffentlichungen und Stellungnahmen der Söldner selbst, deren Eitelkeit und Sendungsbewußtsein vielfach allen Geheimhaltungserfordernissen Hohn sprachen. Voß' Arbeit zeichnet sich auch durch ein gutes Urteil und große Fairneß aus: Die Geschehnisse werden von Voß nicht skandalisiert und die zum Teil bizarren Söldnerpersönlichkeiten sehr differenziert dargestellt. Seine Analyse der Akteure der verschiedenen amerikanischen Regierungen läßt zudem deutlich werden, daß der Einsatz von Söldnern für diese häufig ein der Ratlosigkeit geschuldetes Hilfsmittel war, um in einer Position der Überdehnung und unter dem Eindruck des Vietnamkriegs irgendwie handlungsfähig zu bleiben. Darüber hinaus bietet Voß aber auch eine Gesellschaftsgeschichte der US-amerikanischen Söldner-Subkultur, die sich aus Vietnamveteranen speiste, in den 1980er Jahren eine erhebliche Eigendynamik gewonnen hatte und unter Federführung des Magazins „Soldier of For-

tune“ einen eigenen globalen Kalten Krieg führte.

Der Söldnereinsatz 1964/65 im Kongo wurde von den USA in hohem Maße finanziell und logistisch getragen. Um unter dem Eindruck des sich entfaltenden Vietnamkriegs die eigene Beteiligung zu verschleiern, wurden amerikanische Staatsbürger aber davon abgehalten, sich an diesem Konflikt zu beteiligen. Die von dem britischen Major Mike Hoare recht effizient geführte Söldnertruppe bestand aus Europäern und Südafrikanern; für die Luftunterstützung sorgte die CIA mit einer von Exilkubanern bemannten Luftwaffe. Das kulturelle Gefälle der Gegner war in diesem Krieg erheblich. Die aufständischen Simbas verdankten ihre anfänglichen Erfolge gegen die kongolesische Regierungsarmee in hohem Maße einem Denken, das beiden Kriegsparteien gemein war und in Verbindung mit der schlechten Ausbildung der Regierungstruppen – mangelhaft ausgebildete Kämpfer schießen häufig zu hoch – zu deren Kollaps führte. Die weißen Söldner waren von dieser Magie nicht betroffen und massakrierten die von China und der UdSSR zwar gut bewaffneten, aber nicht ausgebildeten Simbas mit gut gezieltem Feuer aus ihren automatischen Waffen. Voß weist darauf hin, daß in diesem Krieg von allen drei Kriegsparteien Kriegsverbrechen verübt wurden, die Söldner sich dabei aber im Vergleich die wenigsten Kriegsverbrechen zuschulden kommen ließen.

War der Krieg im Kongo die Sternstunde des Söldnertums, so geriet der Einsatz im angolanischen Bürgerkrieg zum völligen Fiasko. Voß zeigt, wie ein impulsiv agierender Henry Kissinger den Einsatz ohne klares Konzept und ohne ausreichende Ressourcen lostrat, um dem weiteren Vormarsch der UdSSR nach der Niederlage in Vietnam irgend etwas entgegenzusetzen. In Angola selbst übernahm der Zyperngriechen Costas Georgiou das Kommando, der als Mannschaftsdienstgrad bei den britischen Fallschirmjägern

gedient hatte und allgemein als klinischer Psychopath betrachtet wird. Mit blutigen Frontalangriffen und der „standrechtlichen“ Erschießung seiner eigenen Männer vermochte dieser die von regulären kubanischen Soldaten unterstützte MPLA naturgemäß nicht aufzuhalten. Der amerikanische Kongreß machte dem allem schließlich ein Ende, indem er die für den Krieg in Angola bestimmten Haushaltsmittel strich.

In Rhodesien waren es vor allem amerikanische Vietnamveteranen, die in der nach britischem Vorbild organisierten Armee des weißen Minderheitsregimes dienten und durchaus substantiell zu deren Schlagkraft beitrugen. Die Involvierung der amerikanischen Regierung ist hier sehr viel unklarer. Dafür spielte in diesem Krieg das von dem Oberstleutnant der US-Special Forces, Robert K. Brown, gegründete Magazin *Soldier of Fortune* bereits eine wichtige Rolle als Rekrutierungsplattform und Nachrichtenbörse der amerikanischen Söldnerszene. Auf ihren Recherchereisen beteiligten sich Brown und seine Redakteure außerdem selbst als aktive Kriegsteilnehmer am Kampfgeschehen.

Brown und seine Mannen engagierten sich in den 1980er Jahren unter dem Slogan „private sector military aid“ in erheblichem Maße auf seiten antikommunistischer Guerillabewegungen und Regierungen in der Dritten Welt. Zur journalistisch-propagandistischen Unterstützung kamen dabei Spendensammlungen, Ausbildung vor Ort und logistische Hilfe. *Soldier of Fortune* seinerseits gehörte wiederum zum Netzwerk um Oliver North, der in Ronald Reagans National Security Council für die verdeckte Kriegsführung gegen das Sandinisten-Regime in Nicaragua zuständig war. Brown, der sich zu Beginn seiner politisch-paramilitärischen Karriere als Castro-Unterstützer betätigt hatte, war allerdings kein Werkzeug der amerikanischen Regierung, sondern ein militanter Antikommunist und Waffenbefürworter, der

in eigenem Auftrag handelte und seine Leserschaft im Rahmen seiner Agenda politisch zu mobilisieren suchte.

Obgleich sich *Soldier of Fortune* durchaus als publizistisches Flaggschiff der internationalen Söldnerszene verstand, drängt sich bei dem Magazin selbst eher der Vergleich zu den deutschen Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg auf, da auch hier eine Gruppe ideologisch hochmotivierter Kriegsveteranen private Fortsetzungskriege organisierte. Die Einsätze der Redakteure des Blattes in Nicaragua und El Salvador kann man daher nicht wirklich als Söldnereinsätze verbuchen, zumal sie ja aus dem Budget des Heftes finanziert wurden, wohl aber die von der CIA gegen Nicaragua mit Hilfe lateinamerikanischer Bediensteter durchgeführten Kommandoaktionen und Sabotageeinsätze, die zu einem diplomatischen Fiasko gerieten und einer Diffamierung der Contras als Söldner Washingtons Vorschub leisteten.

Michael Ploetz

Hamersky, Heidrun: „Störbilder einer Diktatur“. Zur subversiven fotografischen Praxis Ivan Kyncls im Kontext der tschechoslowakischen Bürgerbewegung der 1970er Jahre. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2015, 281 Seiten, 85 Fotos, 49 €.

Bereits mit ihrem Band „Gegenansichten“ (2005) hatte Heidrun Hamersky Fotografien zur politischen und kulturellen Opposition im Osteuropa des „real existierenden Sozialismus“ kundig aufbereitet. Als Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen hatte sie sich vom umfangreichen Nachlaß der fotografischen Arbeiten von Ivan Kyncl (1953 bis 2004) inspirieren lassen. Über viele Jahre hinweg beschäftigte sich Hamersky mit Leben und Werk Ivan Kyncls, bereitete zeitgeschichtliche Hintergründe auf, besuchte und befragte Zeitzeugen und hatte nicht zuletzt umfangreiche Recherchen in einschlägigen

Einrichtungen wie etwa dem Archiv der Staatssicherheitsakten (Archiv bezpečnostních složek) vorgenommen. Die Ergebnisse liegen in ihrer Forschungsarbeit vor, in welcher das ungewöhnliche Leben und Werk des tschechischen Fotografen Ivan Kyncl aus einer „normalisierten“ Zeit porträtiert und analysiert werden.

Als „Normalisierung“ war in der ČSSR jene geschichtliche Phase benannt, die nach der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 unter der Führung von Gustáv Husák eingesetzt hatte. Mit der Kamera begleitete Ivan Kyncl diesen gesellschaftspolitischen Umbau in seiner Heimat, der in Form von Bespitzelungen, Repressionen und Verfolgungen nicht zuletzt im unmittelbaren familiären Umfeld vonstatten ging. Kyncls Eltern waren Anhänger des sozialistischen Reformversuches unter Alexander Dubček, was letztlich 1972 zur Verhaftung des Vaters Karel Kyncl führte. Einfühlsam gelingt es Hamersky, persönliche wie gesellschaftliche Hintergründe aufzuarbeiten, die den jungen Kyncl sensibilisiert hatten und in seine Rolle eines fotografierenden Chronisten hereinwachsen ließen. Heidrun Hamersky zeigt nicht zuletzt an konkreten Beispielen auf, wie sich bei Ivan Kyncl sowohl seine Leidenschaft für das Fotografieren wie auch sein staatsbürgerliches Engagement gegen die vom Regime verordnete Anpassung verzahnen. Und dennoch sind Kyncls Fotografien zum Beispiel aus dem unmittelbaren Kreis der Bürgerrechtler der Charta 77 nicht nur lediglich politisch motivierte Dokumente. Bei allem Protest gegen die bleiernen Verhältnisse im Lande zeigt sich an Kyncls Arbeiten immer auch die persönliche Note des Künstlers, der seine Bilder, bei aller dargestellten politischen Dramatik, bewußt komponierte. So erzeugten leicht verwackelte Aufnahmen von Staatssicherheitsbeamten, die Besuchern sogenannter privater Zimmertheater die Ausweise kontrollierten, den Effekt von

Willkür und Überwachung. In Prag traten die verbotene Schauspielerin Vlasta Chramostová und der unter Veröffentlichungsverbot stehende Schriftsteller Pavel Kohout somit unter den Augen der Staatssicherheit auf. Während der legendären Macbeth-Zimmeraufführungen mußten die Schauspieler wie auch die wenigen Zuschauer mit einem jederzeitigen Eingreifen der Staatspolizei rechnen. Kyncl dokumentierte zudem auch die vor dem Haus postierten Einsatzfahrzeuge. Alle diese Aufnahmen waren damals heimlich und unter großem Risiko zustande gekommen.

In ähnlich subversiver Weise fotografierte Kyncl heimlich tschechische Haftanstalten, in denen verurteilte Dissidenten untergebracht waren. Seine Bilder haben Rockkonzerte auf Václav Havels Grundstück in Hradeček ebenso festgehalten wie das Begräbnis des Philosophen Jan Patočka, eines der ersten Sprecher der Charta 77. Für zeitlose Eindringlichkeit stehen aber auch seine Porträtaufnahmen von „Frauen der Charta 77“, die er einem Interviewband der Schriftstellerin Eva Kantůrková zur Verfügung gestellt hatte.

Ivan Kyncl begleitete somit eine bestimmte Phase der gesellschaftlichen wie kulturellen Realität der ČSSR mit seinen zum Teil unter großen Gefahren entstandenen Fotos. Kyncl hatte dabei den Spieß umzudrehen versucht und mit seiner Kamera unter anderem auch die Einschüchterungsversuche der Staatspolizei zu dokumentieren versucht. In besonders eindrucksvoller Weise ist ihm diese „Gegenobservation“ (Hamersky) anhand der ständigen Überwachung des abgehalfterten Reformkommunisten František Kriegel gelungen. Kriegel hatte sich nach der Invasion von 1968 als einziger Politiker geweigert, eine politische Übereinkunft mit Moskau zu unterschreiben und war daher den Machthabern der „Normalisierung“ besonders verhaßt. In einer Sequenz von mehreren Bildern dokumentierte Kyncl František Kriegel bei einem Spaziergang in Prag, auffällig unauffällig

von Beamten in Zivil beschattet. Es war einer der wenigen Fälle, der in westlichen Berichterstattungen als beispielloser Vorgang übernommen wurde.

Der Druck auf Ivan Kyncl hatte indessen in seiner Heimat derart zugenommen, daß er sich zur Ausreise gezwungen sah. Im Oktober 1980 emigrierte Kyncl nach Großbritannien und setzte sich für politische Gefangene in Osteuropa ein. Später avancierte Kyncl zu einem bedeutenden Theaterfotografen, dessen ausdrucksstarken Einstellungen für große Anerkennung und Erfolge sorgten. Am 06. Oktober 2004 starb Ivan Kyncl überraschend an einem Herzversagen.

Volker Strebel

Fink, Heinrich: Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde. Erinnerungen des ersten frei gewählten Rektors. Mit einem Geleitwort von Daniela Dahn und mit Nachbemerkenungen des damaligen Kanzlers der Universität Karl Schwarz. Hannover: Verlag Osietzky, 2., überarb. Aufl. 2013, 128 Seiten, 12,50 €.

Die Revolution 1989/90 ging zunächst weitgehend spurlos an den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen vorüber. In die Schlagzeilen gerieten sie erst, als sie sich ab Sommer 1990 gegen notwendige Reformen und Veränderungen zu wehren suchten. Und sie kamen immer wieder ins öffentliche Gerede, weil sie sich – obwohl sie stets anderes behaupteten – ihrer Vergangenheit in der kommunistischen Diktatur nicht sonderlich offensiv stellten und sie demzufolge auch nur in Ausnahmefällen, wie in Jena oder Leipzig, einst verfolgte Studierende oder Hochschullehrer zu rehabilitieren suchten. Zur Symbolfigur des Beharrungswillens der alten SED-Kräfte avancierte ausgerechnet ein Theologe – der seit den 1960er Jahren an der Humboldt-Universität zu Berlin arbeitende, 1970 zum Dozenten und 1979 zum ordentlichen Professor für praktische Theologie

eingesetzte Heinrich Fink. Gegen diese Berufung erhob sich sogar selbst in der überwiegend angepaßten Sektion Theologie unüberhörbarer Protest, weil Fink schlichtweg die wissenschaftlichen Voraussetzungen für eine Professur fehlten. Als der Theologe 1990 zum Rektor der Linden-Universität ernannt worden ist, firmierte diese Einsetzung als „erste freie Wahl“ eines Rektors (wie auch im Untertitel des Buches). Auch andere glauben, ihre Berufung in universitäre Ämter 1990 oder 1991 wäre einer freien Wahl gleichgestellt. Das war es natürlich nicht, denn die Wahlmänner und Wahlfrauen waren in den Jahren und Jahrzehnten zuvor überwiegend als SED-Günstlinge zu Hochschullehrern ernannt worden und verkörperten somit auch 1990/91 überwiegend das SED-Kadersystem, das sich auch nach 1989 zunächst noch Repräsentanten aussuchen konnte, die eine Gewähr für größtmögliche Kontinuität versprachen. Eine „freie Wahl“ setzt voraus, daß die Wahlversammlung personell so zusammengesetzt ist, daß sie freie Wahlen überhaupt garantieren kann.

Für Außenstehende mag die Ernennung von Heinrich Fink, eines Theologen, durchaus auf einen ernstgemeinten Neuanfang hingedeutet haben. Tatsächlich aber rückte damit ein Reformverweigerer par excellence an die Spitze der Humboldt-Universität. Das war zunächst allerdings kaum sichtbar, da Fink es geschickt verstand, die Belange der HU mit ostdeutschen Interessen allgemein zu verquicken und ihm dabei viele zwielichtige, aber noch mehr honorige und untadelige Persönlichkeiten zur Seite standen. Erst als im November 1991 herauskam, daß Fink etwa zwei Jahrzehnte als IM für das MfS tätig gewesen war und er und seine große Entourage dies leugneten, fiel auch immer stärker auf, daß die alten Beharrungskräfte an der Humboldt-Universität immer noch weitgehend das Sagen hatten. Wie wiederum der Theologe es dann verstand, einen Großteil der Studierenden für seine persönlichen Be-

lange zu instrumentalisieren, gehört zu den traurigsten Kapiteln des frühen Einigungsprozesses. Auch ein Teil der Medien folgte dem Rektor und seiner Meute. Heinrich Fink wurde zum Symbol eines angeblichen Widerstands, der sich tatsächlich nicht gegen die SED-Diktatur gerichtet hatte. Fink hat diese vielmehr mitgetragen, er hat mitgemacht, verraten, denunziert, das SED-Regime gestützt und stabilisiert und wehrte sich nun dagegen, seine Privilegien zu verlieren.

Ich war damals nicht nur Zeitzeuge, sondern auch Akteur, seit ich im September 1990 an der Humboldt-Universität studieren konnte. Aus unmittelbarer Nähe erlebte ich, wie Fink versuchte, Debatten über die kommunistische Vergangenheit der Universität zu unterbinden. Mir selbst gegenüber erklärte er auf meine entsprechende Anfrage im Herbst 1990, so lange er an dieser Universität etwas zu sagen habe, würde über die Verbindung der Universität zur Staatssicherheit und zum SED-Parteiparat nicht öffentlich diskutiert werden. Ein Jahr später, mit seiner Enttarnung als IM, wurde offenkundig, warum er nicht nur Reformen behinderte, sondern auch Debatten über die Vergangenheit zu unterdrücken suchte (was ihm freilich nicht wirklich gelang): Er besaß handfeste Interessen, Fragen auch nach seiner eigenen Vergangenheit nicht aufkommen zu lassen.

Heinrich Fink gelang es, eine Verteidigungsallianz zu schmieden, die fast die gesamte (alte) Universität, die Mehrheit der Studierenden, Intellektuelle und Politiker aus Ost und West sowie die SED/PDS, Teile der Gewerkschaften, der (West-)SPD und der (West-)Grünen umfaßte. Das alles konnte nicht verhindern, daß er entlassen wurde – wegen seiner IM-Tätigkeit. Historisch schwerwiegender dürfte wohl aber gewesen sein, daß er seine Kirche belogen, daß er Fragebögen unwahr beantwortet, daß er die Öffentlichkeit getäuscht und vor allem Tausende Studierende instrumentalisiert und

angelen hatte. Einer seiner 1990/92 engsten Vertrauten, der Geschichtsstudent Sven Vollrath, hat später in einer Dissertation über die Umgestaltung der Humboldt-Universität eigens ein Kapitel über Finks IM-Tätigkeit auf der Grundlage der überlieferten Akten verfaßt und so auch nachgewiesen, wie Fink die Öffentlichkeit, die Studierenden und nicht zuletzt Getreue wie Vollrath selbst schmähslich angelen hatte.

Nun legt Fink erneut seine Sicht der Dinge vor. Eingerahmt wird seine Autoapologie von ebenso unerträglich zu lesenden Beiträgen von Daniela Dahn und Karl Schwarz, ein von der TU Berlin an die HU Berlin ausgeliehener Kanzler. Dessen Einlassungen, hier nachgedruckt, waren bereits zu einem früheren Zeitpunkt Gegenstand der Kritik. Bei den dreien ist nicht genau zu bestimmen, wer im Ranking der Verschwörungstheoretiker vor den anderen rangiert. Das ganze Buch ist unerträglich, strotzt nur so vor Verdrehungen, Halbwahrheiten und Lügen. Dahn weiß immer noch nicht, daß Fink, anders als eine seiner Töchter, Anfang Oktober 1989 nicht zu den Demonstranten vor der Gethsemanekirche gehörte. Obwohl sie selbst Mitglied war, glaubt sie auch, daß die Untersuchungskommission zur Aufklärung der Polizeieinsätze im Oktober (statt im November) 1989 eingerichtet worden sei. So geht das Seite für Seite. Fink behauptet weiterhin, er sei „Opfer“ einer Verschwörung gegen Ostdeutsche geworden, es gebe „weiterhin“ keine Beweise für eine IM-Tätigkeit seinerseits, tatsächlich sei er „Opfer“ des MfS, und er sei auch deshalb noch ein „Opfer“, weil ihn der neue Staat mit einem „Berufsverbot“ belegt habe. Nichts davon stimmt – wie fast auch sonst nichts in diesem Buch. Man möchte ihm im Neusprech junger Leute zurufen: „Du Opfer, du!“

Das Buch taugt nur als Dokument für jene, die sich dafür interessieren, wie einstige DDR-Eliten immer noch am Revolutions- und Einheitsschmerz kranken,

wie sie es nicht schafften, im neuen Europa anzukommen. Dieses Buch stellt einen besonderen geistigen und moralischen Tiefpunkt dar.

Ilko-Sascha Kowalczyk

Riedel-Krekeler, Anne-Luise: Die Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder der DDR nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2014, 193 Seiten, 29 €.

In der DDR kamen fast eine halbe Million Kinder und Jugendliche in staatliche Heime. Manche ehemaligen Heimkinder erinnern sich an eine schöne Kindheit, an Erzieher, die ihnen geholfen haben. Andere berichten von der Hölle auf Erden. Die DDR verfolgte in 474 staatlichen Kinderheimen, 38 Spezialkinderheimen, 32 Jugendwerkhöfen und besonders im geschlossenen Jugendwerkhof Torgau das Ziel, die dort Eingewiesenen zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ umzuerziehen. Manche von ihnen erlebten Mißbrauch und Demütigung und leiden bis heute unter den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen. Es existierten 25 000 bis 30 000 Plätze in Normalheimen. Davon unterschieden sich die Spezialheime mit 6 000 Plätzen für „schwererziehbare“ Kinder und Jugendliche. Zu „schwererziehbar“ konnte erklärt werden, wer sich unangepaßt verhielt. Nach dem Ende des SED-Regimes stellten ehemalige Heimkinder Rehabilitierungsanträge, die zu 95 Prozent abgewiesen wurden. Ob zu Recht oder zu Unrecht, dieser Frage geht Anne-Luise Riedel-Krekeler in ihrer an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt Universität verfaßten Dissertation nach.

Die Autorin erläutert zu Beginn ihrer Arbeit ausführlich ihren Opfer-Begriff. Als dessen Kern definiert sie die „individuelle politische Verfolgung“, die den „Regelfall für die Unvereinbarkeit mit wesentlichen Grundsätzen einer rechtsstaatlichen freiheitlichen Ordnung“ darstellt.

Mit dieser individuellen politischen Verfolgung würden auch die verschiedenen Rehabilitationsgesetze die Entschädigungsgrenze für geschehenes Unrecht ziehen. Die Abgrenzung zwischen „individueller politischer Verfolgung“ und „Allgemeinunrecht“ sei unproblematisch, solange es sich um Fälle handelt, die offensichtlich einer dieser beiden Kategorien zugeordnet werden können. So waren von der eingeschränkten Reisefreiheit oder der abgeschafften Meinungsfreiheit alle DDR-Bürger betroffen. Staatliche Repressionsmaßnahmen trafen hingegen nur einzelne Bürger. Problematisch sei die Abgrenzung, wenn es sich um Grenzfälle handelt. Etwa bei Unfallopfern, Justizopfern oder Selbstmordopfern funktionieren die klassische Einteilung in Gut und Böse nicht mehr. Ebenso sei es unmöglich, jedes SED-Unrecht und „alle Opfer“ zu entschädigen, weil dafür die finanziellen Mittel gar nicht zur Verfügung stünden. Riedel-Krekeler listet mehrere Opfergruppen des SED-Regimes auf, die rehabilitiert werden sollten: politische Häftlinge, Opfer der politisch motivierten Todesstrafen, Opfer von Machtsicherung durch Strafrecht, Zwangsaussiedlung, Zwangseinweisung in psychiatrische Anstalten, Einweisung in Kinderheime und Jugendwerkhöfe, Schikanen gegenüber Ausreisewilligen, Zwangsadoptionen, Opfer des DDR-Grenzregimes und Zersetzungsoffer. Die Entschädigungen für ehemalige Heimkinder (und Betroffene von Zwangsadoptionen) unterscheiden sich insofern von anderen Opfergruppen, als daß „sie das Unrecht bereits in einer sehr frühen Lebensphase erlitten hatten“.

Riedel-Krekeler untersucht im zweiten Kapitel ihrer Dissertation, wie die besonderen gesetzlichen Grundlagen für die Betreibung von Kinderheimen und die Einweisung in diese im Laufe der Zeit so verändert wurden, daß diese Heime nur noch vom Staat betrieben werden durften. Das lag in der Logik des Systems, das den Eltern das staatliche Erziehungsziel, ihre Kinder zu „staatsbewußten Bürgern“

zu erziehen, in der Verfassung vorgeschrieben. Eine besondere Verschärfung für Heimkinder trat mit der „Verordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe“ im Jahr 1965 ein, die diese deutlich von Normalkinderheimen abgrenzt und definierte, was „schwererziehbare“ Kinder und Jugendliche seien. Die Heimeinweisung erfolgte ausschließlich durch die staatliche Abteilung Jugendhilfe. Auf der Liste des Volksbildungsministeriums der DDR standen als mögliche Einweisungsgründe: Lügen und Betrügen, Herumtreiberei, Disziplinverstöße, anstandsloses, provokatorisches Verhalten. Nur in den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau kamen die Kinder aus anderen Heimen durch interne Zuweisungen. Eltern mußten die Heimeinweisung ihrer Kinder „dulden“. Die Familie genoß keinen Schutz vor staatlichen Eingriffen.

Der Lebensalltag der Heimkinder war mitunter geprägt von körperlicher Gewalt, Arreststrafen, Postkontrollen und sexuellen Übergriffen. Die Autorin behandelt in diesem Zusammenhang auch die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen, die sich für die Betroffenen aus der Heimerziehung ergaben. In allen Jugendwerkhöfen stand der Einsatz von Jugendlichen als billige Arbeitskräfte im Vordergrund. Arbeitserziehung war von Beginn an ein wesentlicher Bestandteil der Umerziehung zum neuen sozialistischen Menschen. Es handelte sich dabei überwiegend um schwere, schmutzige und gefährliche Hilfsarbeiten. In allen Heimen gab es ein abgestuftes System der Bestrafungen. Generell waren Kinder und Jugendliche der Willkür der Erzieher ausgesetzt. Zu Strafen zählten Prügel, Schlafentzug, Essensentzug, Trinkverbot oder Strafduschen mit eiskaltem Wasser. Zu Maßnahmen, die an die physischen Grenzen gingen, gehörten Gewaltmärsche über 45 Kilometer oder Zwangssport bis zur totalen Erschöpfung. Sexuelle Übergriffe von Erziehern sind nach Riedel-Krekeler aus allen DDR-Heimformen überliefert. Allerdings ist

dieses Thema bis heute kaum erforscht, „da solche Übergriffe stets verharmlost oder als unwahr beschrieben“ wurden.

Bis heute leiden viele ehemalige Heimkinder unter den psychischen, sozialen und beruflichen Folgen. Und dennoch lehnen die Gerichte seit dem Ende des SED-Regimes 95 Prozent der Rehabilitierungsanträge ehemaliger Heimkinder ab. Nur bei Opfern von Zersetzung durch die DDR-Geheimpolizei liegt der Prozentsatz von Rehabilitierungen noch niedriger. Für diese Opfergruppe gäbe es nahezu keine Chance auf Rehabilitierung, weil sie die geheimpolizeilichen Maßnahmen kaum nachweisen könne. Nach Auffassung der Autorin hätten die meisten ehemaligen DDR-Heimkinder ein Recht auf Entschädigung. Im dritten Kapitel ihrer Arbeit werden dafür Gründe und rechtliche Grundlagen aufgeführt. Nach geltenden Gesetzen (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz, Verwaltungsrechtliches und Berufliches Rehabilitierungsgesetz) zeichne sich eine Heimunterbringung im SED-Staat durch einen „freiheitsentziehenden Charakter“ aus: Heimkinder befanden „sich auch ohne Stacheldraht und Mauern in haftähnlichen Bedingungen, wenn eine staatliche Instanz für sie das Aufenthaltsbestimmungsrecht hat und dieses durch strenge Aufsicht und repressive Maßnahmen ausübt“. Die „haftähnlichen Bedingungen“ in vielen DDR-Heimen sind bereits in mehreren wissenschaftlichen Untersuchungen nachgewiesen. Wäre dieser Zusammenhang von den Gerichten zur Kenntnis genommen worden, dann „hätten deutlich mehr Fälle rehabilitiert werden können“, argumentiert Riedel-Krekeler. Die Auswirkungen für die Betroffenen nach den abgelehnten Rehabilitationsanträgen beschreibt die Juristin im vierten Kapitel. Die moralische Wiedergutmachung, so ihr Resümee, die vom Gesetzgeber im Rahmen der juristischen Aufarbeitung mit den Rehabilitierungsgesetzen angestrebt wurde, ist für die ehemaligen Heimkinder der DDR nicht eingetreten. Deswegen sei

dazu ein eigenes Gesetz zur Rehabilitierung von Opfern des DDR-Heimunrechts vonnöten, welches das erlittene Unrecht benennt und „juristisch würdigt“. Weil das Heimunrecht lediglich dem Allgemeinunrecht zugeordnet wurde, war es bislang nicht „rehabilitationswürdig“. Der im Jahre 2010 eingerichtete Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder Ost brachte eine Reihe von Verbesserungen, kann aber die moralische Rehabilitierung und eine Opferrente für die Betroffenen nicht ersetzen.

Angela Schmole

Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959, Zeithistorische Studien, hrsg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; Bd. 53. Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2015, 550 Seiten, 64,90 €.

Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) existierte von 1948 bis 1959, hatte ihren Hauptsitz in West-Berlin, wurde aus westdeutschen, US-amerikanischen und privaten Geldern nicht unbeträchtlich finanziert, arbeitete mit westlichen Geheimdiensten eng zusammen, verfügte in der DDR über ein V-Leute-System mit zeitweilig über 600 Mitarbeitern und wies ein breites Aufgabenspektrum auf. Dazu zählten soziale Dienste ebenso wie die KgU Aufklärungsarbeit über die kommunistische Diktatur leistete, für westliche Stellen Tausende Gutachten über DDR-Flüchtlinge erstellte, aber auch Flugblattaktionen in der DDR, die Verbreitung von gefälschten Materialien wie Zeitungen oder Essens- und Versorgungsmarken. Berühmt ist die KgU aber vor allem dafür geworden, daß sie in ihrer aggressivsten Phase Anschläge plante, um die kommunistische Ordnung in der DDR zu destabilisieren. Das alles ist bekannt, nicht zuletzt weil die KgU von SED und MfS in den fünfziger Jahren als gefähr-

lichste Feindorganisation eingestuft worden war. Jedes Schulkind in der DDR lernte das im Unterricht – noch in den 1980er Jahren. Mit intensivem Propagandaeinsatz wurde in ungezählten Ausstellungen, Filmen und Publikationen darauf hingewiesen. Das erfolgte mitnichten in „Grauer Literatur“, wie Enrico Heitzers Liste suggeriert (S. 493), sondern in weitverbreiteten Veröffentlichungen, die von bekannten Buchverlagen wie „Kongress“, „Dietz“, „Akademie“, „Neues Leben“, „Junge Welt“ oder „Deutscher Verlag der Wissenschaften“ herausgegeben worden sind. Von den KgU-Mitarbeitern bzw. solchen, die dafür gehalten wurden, sind in den 1950er Jahren über 1 000 von der sowjetischen Geheimpolizei und vom MfS verhaftet und zu hohen Haftstrafen, mehr als 120 sogar zum Tode verurteilt worden.

Das alles ist seit langem bekannt. Enrico Heitzer hat in seiner Dissertation nun den Versuch unternommen, einerseits das Innenleben der KgU zu rekonstruieren und andererseits zu erforschen, wie die konkrete Tätigkeit der KgU tatsächlich aussah. Denn gerade im Bereich der Anschlags- und Sabotagearbeit blieb bis heute vieles im dunkeln: Was ist wirklich durchgeführt worden, und was sind Erfindungen des MfS gewesen? Heitzer stützt sich auf eine breite Quellenbasis, die von originären KgU-Unterlagen (Bundesarchiv) über US-amerikanische Akten bis hin zu den kaum zählbaren Stasi-Unterlagen reicht. Wie Heitzer einräumt, war es ihm nicht möglich, alle vorhandenen Bestände komplett auszuwerten – die schiere Masse sei in einem vertretbaren Zeitraum kaum zu bewältigen. Dennoch gelingt es Heitzer, die inneren Strukturen der KgU, die Aufgabfelder, die Rekrutierungspraxis der V-Leute und vieles andere dicht und einleuchtend nachzuzeichnen. Zugleich offenbart die Studie eklatante Schwächen. Das Inhaltsverzeichnis suggeriert eine klare Struktur. Tatsächlich ist das Buch kaum lesbar, da die Leserschaft nicht nur

mit unzähligen, oft überflüssigen Details überfordert wird und das Buch eine prägende Redundanz auszeichnet, so daß auch die Struktur immer wieder verloren geht. Entscheidender ist, daß die große Frage, die sich mit der KgU verbindet, nicht systematisch beantwortet wird: Welche Anschläge waren nun tatsächlich geplant und welche sind wirklich umgesetzt worden? Immer wieder werden Schleier entfaltet, die in langatmigen Ausführungen im Konjunktiv ausufern, so daß am Ende das meiste offen bleibt. Heitzers Fazit ist dann auch so peinlich wie kurios: Die KgU habe „die Grenze zu terroristischem Handeln überschritten, weil sie erkennbar zivile Todesopfer in Kauf nahm.“ (S. 471) Peinlich ist das, weil Widerstand gegen Diktaturen nun einmal fast immer auch von legitimer Gegengewalt gezeichnet ist. Die Debatten um den Hitler-Attentäter Georg Elser haben das vor wenigen Jahren noch einmal vor Augen geführt. Das eigentlich Kuriose an Heitzers Feststellung ist aber, daß er selbst nicht in der Lage ist, „zivile Todesopfer“ der KgU auszumachen. Heitzers Ansatz leidet unter einem Anti-Anti-Kommunismus, der als vorwissenschaftlich zu bezeichnen ist. Für ihn ist der Antikommunismus eine törichte, illegitime Denk- und Handlungsweise, die im Terrorismus gipfeln müsse. Es ist natürlich vollkommen richtig, die politischen Biographien der KgU-Mitarbeiter zu untersuchen, aber deren Fehlverhalten auf eine penetrante Art und Weise Seite für Seite mit einstiger Nazi-Vergangenheit in Verbindung zu bringen (was fast nie konkretisiert wird, sondern sich überwiegend an Mitgliedschaften etc. festmacht) und zugleich Rainer Hildebrandt mehrfach im Buch als „angeblichen“ Widerständler gegen das NS-Regime zu markieren, ist jedenfalls alles andere als „sachlich“, wie Heitzers Laudator Egon Bahr auf dem Buchrücken weismachen möchte. Der Autor ist tatsächlich getrieben von der Unterstellung, die Aktivitäten der KgU seien allein mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

einiger ihrer Mitarbeiter zu erklären. Das ist für einen Autor, der 1977 geboren wurde, schon erstaunlich. Der SED-treue Historiker Heinz Heitzer jedenfalls hätte an diesen Ausführungen seine helle Freude gehabt, denn in dessen zahlreichen Propagandaschriften konnte man dies in der SED-Interpretationstönung mutatis mutandis vor 1989 ebenfalls nachlesen.

Aber dieses Vorgehen, die KgU praktisch als „Nachfeld-Organisation“ des Nationalsozialismus hinzustellen, ist kein Alleinstellungsmerkmal unseriöser wissenschaftlicher Praxis. Zwei weitere Punkte kommen hinzu. Erstens bekundet Heitzer zwar, daß er MfS-Unterlagen nur dann verwendet, wenn er die dort getätigten Angaben mit einer zweiten Quelle abgleichen konnte. Tatsächlich geschieht dies nur in Ausnahmefällen. Jeder weiß, wie problematisch es ist, Untersuchungsvorgänge des MfS als historische Quellen zu benutzen. Enrico Heitzer weiß das auch und benutzt sie dennoch, als enthielten sie die „Wahrheit“ – jedenfalls immer dann, wenn es in seine Interpretation paßt. Und zweitens wollte Heitzer die KgU im Spiegel der „deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte“ analysieren. Aber genau daran scheitert er – nicht grandios, sondern kläglich! Denn lediglich die letzten fünfzig Seiten des Buches widmet der Autor dem Kampf von SED, MfS und sowjetischer Geheimpolizei gegen die KgU. Für einen Historiker jedoch nicht hinnehmbar ist der Umstand, daß Heitzer zuvor nicht darauf eingeht, gegen wen sich die Militanz, gegen wen sich die KgU warum eigentlich so vehement richtete. Nehmen wir einmal an, dieses Buch liest jemand, der von den historischen Kontexten noch nie etwas gehört hat, diese Person müßte denken, die KgU und ihre westlichen Finanziere planten Terror und den Untergang eines gebeutelten, friedliebenden Staates, der sich zwar schwer tat, aber dennoch alles für seine Bürger unternahm, um denen ein sorgenfreies Leben künftig zu garantieren. Das

ist schon einigermaßen grotesk – der Terror der kommunistischen Diktatur kommt nicht vor, so daß der Widerstand solcher Gruppen wie der KGU abwegig, absurd, hirnrissig, aus der Zeit gefallen erscheint. Aber tatsächlich war die KGU ein Kind ihrer Zeit und eine Reaktion auf diese. Das nicht historisch kontextualisiert zu haben, ist für mich der größte Kritikpunkt an diesem Buch. So bleibt es weiter eine Aufgabe, eine seriöse Geschichte der KGU mit allen Widersprüchen, Irrungen und ihrem Abgleiten zu erarbeiten. Enrico Heitzers Buch wird dieser allenfalls als Materialgrundlage dienlich sein können.

Ilko-Sascha Kowalczyk

König, Ewald: Merkels Welt zur Wendezeit. Weitere deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2015, 264 Seiten, 14,95 €.

Schwierig sind momentan Prophezeihungen zum Fortgang der Karriere Angela Merkels. Vielleicht ist das Flüchtlingsproblem die größte Herausforderung ihrer Kanzlerschaft. Wenn auch deren Ende offen ist – die Leserschaft kann durch Ewald König einiges über den Beginn ihrer politischen Laufbahn erfahren. Mehr als die Hälfte seines Buches ist diesem Thema gewidmet.

Alle Kanzler der Bonner Republik waren erst nach langen Parteikarrieren ins Amt gelangt. Bei ihr war es anders. „Nichts an ihrer Laufbahn war normal. Angela Merkel kam von ganz außen. Keine einschlägige Vorbildung, keine westtaugliche Sozialisation. Keine Hausmacht, keine Netzwerke. Kein Charisma, kein Redetail. [...] Sie hatte im Turbotempo eine Menge zu lernen. Aber: Sie hat das System schnell durchschaut. [...] Gleich die ersten Wochen und Monate waren für sie ein Crashkurs in Krisenmanagement, waren lehrreiche Nervenproben für spätere Krisen auf weit höherer Ebene, im Inland wie im Ausland.“ Nach Meinung Ewald

Königs hat sie „eine Weltgeltung, die Helmut Kohl nicht immer hatte. Europa hat endlich die Telefonnummer, nach der Henry Kissinger einst gefragt hatte. Es ist Merkels Nummer.“ Der Autor kennt sie seit ihren politischen Anfängen persönlich und gibt neben eigenen Eindrücken auch die Meinungen von Weggefährten, Beratern, Vorgängern und Nachfolgern in ihren Funktionen wieder. Dem Phänomen Angela Merkel wird in vielen Publikationen nachgegangen. Ewald Königs Buch bietet „die Sicht eines Korrespondenten aus dem neutralen Österreich, der die Wendezeit dank seiner Akkreditierungen in beiden deutschen Staaten intensiv miterlebt hat.“

Oft wird die atemberaubende Entwicklung Angela Merkels mit ihrem Hintergrund als Physikerin erklärt. Dabei dürften ihre Diplomarbeit von 1978: *Der Einfluß der räumlichen Korrelation auf die Reaktionsgeschwindigkeit bei bimolekularen Elementarreaktionen in dichten Medien* und ihre Dissertation von 1986: *Untersuchung des Mechanismus von Zersfallsreaktionen mit einfachem Bindungsbruch und Berechnung ihrer Geschwindigkeitskonstanten auf der Grundlage quantenchemischer und statistischer Methoden* sie wohl für eine Topkarriere in der Politik prädestinieren. Ewald König meint hingegen: „Wer sich intensiv mit solchen Themen beschäftigt, muß eine halbe Generation später auch Koalitions-, Euro- und Ukrainekrisen hinkriegen.“ Leider kann kein Vergleich angestellt werden, da kein anderer von Europas Mächtigen zugleich Doktor der Physik ist.

Angela Merkels Weg in die Politik begann mit ihrer Wahl zur Pressesprecherin des Berliner Landesverbandes des Demokratischen Aufbruchs am 23. Januar 1990 und drei Wochen später mit der Ausweitung dieser Zuständigkeit auf die Bundespartei. Nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 ging der Demokratische Aufbruch in der Allianz für Deutschland auf und die Allianz später in

der CDU. So kam auch Merkel in diese Partei, obwohl sie nach Angaben ehemaliger Kolleginnen vom Zentralinstitut für physikalische Chemie in Berlin-Adlershof beim Abschied gesagt haben soll: „Mit der CDU will ich nichts zu tun haben.“

Ewald König lernte Angela Merkel am 20. April 1990 bei der ersten Pressekonferenz der neuen Regierung der DDR im historischen Saal in der Mohrenstraße kennen. „Ich gebe mich als österreichischer Korrespondent zu erkennen und übergebe ihr meine zwei Visitenkarten, eine mit der Adresse meines Hauptbüros in Bonn und eine mit der Ostberliner Anschrift Leipziger Straße. [...] Merkel kann sich aber nicht mit einer Visitenkarte revanchieren, sie hat noch keine.“ Regierungssprecher war der Theologe Matthias Gehler von der CDU. Eigentlich hätte der Posten seines Stellvertreters dem Koalitionspartner SPD zugestanden. Die Partei verzichtete aber darauf. So kam Angela Merkel auf Vorschlag des Regierungsberaters Hans-Christian Maaß in diese Funktion. Regierungschef Lothar de Maizière lernte sie wegen ihrer analytischen Begabungen schnell schätzen: „Sie war bemerkenswert gut. Der Ertrag war wesentlich höher. Bei Angela kam in der Hälfte der Zeit der doppelte Inhalt raus.“ Nach dem Ende der DDR konnte sie im Bundespresseamt bleiben, bekam schnell ein Bundestagsmandat auf der Insel Rügen und wurde Ministerin in Bonn.

Der zweite Teil des Buches ist Details aus dem Wiedervereinigungsprozeß gewidmet, wie dem Umgang mit Grundstücken an der ehemaligen innerdeutschen Grenze oder der Rekonstruktion von „vorvernichtetem“ Aktenmaterial der Staatssicherheit. Relativ unbekannt sind die Geschichten aus dem dritten Teil des Buches über Journalisten der DDR in Bonn. Sie gehörten dem Verein der Auslandspresse an, obwohl sie aus westlicher Sicht in Bonn ja gar nicht im Ausland waren. Ewald König war von 1990 bis 1995 Vorsitzender dieses Vereins und

kann das Schicksal seiner ostdeutschen Kollegen am Rhein bei der Wiedervereinigung aus eigenem Erleben schildern. Deren Vereinsmitgliedschaft endete in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990. Um Mitternacht wurden sie von Auslandskorrespondenten zu Inlandskorrespondenten. Die Aufnahme bei der für die inländischen Journalisten zuständigen Bundespressekonferenz erfolgte für sie aber nicht automatisch, sondern sie mußten die Mitgliedschaft beantragen. „Ich hatte den Eindruck, sie empfanden das als ziemlich entwürdigend.“

Ewald König bietet am Ende eine Vision zum weiteren politischen Schicksal von Angela Merkel an. Der Autor glaubt nicht an einen Rücktritt infolge eines Spenden- oder Spesenskandals. „Sie wird über keine Darlehensbedingungen stolpern oder sich für private Mitfahrgelegenheiten auf Yachten rechtfertigen müssen.“ Sie werde auch nicht wegen Eitelkeit oder emotionaler Äußerungen stürzen und nicht ihr Amt gegen einen lukrativen Job in der Privatwirtschaft eintauschen oder als Elder Stateswoman auftreten. Nach Lage der Dinge werde sie zur Bundestagswahl 2017 wieder mit Erfolg antreten. „Ich unterstelle ihr, daß sie selbst als Allererste den richtigen Zeitpunkt erkennt, den Regierungs- oder Parteivorsitz niederzulegen. Immerhin hat sie ihre Dissertation über Reaktionsgeschwindigkeit verfaßt, wenn auch im physikalischen Zusammenhang. Sie wird es nicht darauf ankommen lassen, abgewählt zu werden. Ihren Abgang wird sie selbstbestimmt und unspektakulär gestalten.“ Sie werde dann keine dicken Memoirenbände verfassen oder die Deutungshoheit ihrer Politik für sich reklamieren. Der Autor sieht sie später als Mediatorin in globalen Krisensituationen. Der ehemalige finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari habe in einer ähnlichen Funktion 2008 den Friedensnobelpreis bekommen. Ewald König meint aber, Angela Merkel werde mit ihrem Mann Joachim Sauer lieber in Südtirol wandern, als um den Globus zu

düsen. „Am wohlsten wird sie sich vermutlich im Garten in der Uckermark fühlen.“ Das Buch ist vor der Eskalation der Flüchtlingskrise erschienen. Migranten und Einheimischen in Europa ist zu wünschen, daß die Bundeskanzlerin auch in dieser Situation die Nerven behält.

Enrico Seewald

Weigelt, Andreas / Müller, Klaus-Dieter / Schaarschmidt, Thomas / Schmeitzner, Mike (Hrsg.): Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie. Göttingen/Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 488 Seiten, 69,99 €.

Ende der 1990er Jahre erwähnte der Ortschronist Manfred Thiele in einem kleinen heimatgeschichtlichen Recherchebericht das tragische Schicksal von Marianne und Herta Heisler. Die achtzehn- und neunzehnjährigen Schwestern wurden im August 1945 im thüringischen Mühlhausen vom NKWD verhaftet und zwei Monate später unter dem Vorwurf der „Propaganda“ von einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) zum Tode verurteilt.

Von dieser Entscheidung der Moskauer Besatzungsjustiz und der Hinrichtung im nah gelegenen Stadtwald erhielten die Angehörigen keine Kenntnis. Beide jungen Frauen galten über Jahrzehnte als vermißt.

Ihren Verbleib und der vieler anderer nach der Verhaftung durch die sowjetische Geheimpolizei hingerichteter Personen zwischen 1944 und 1947 hat Andreas Weigelt in gewohnter professioneller Manier in einem mehrjährigen Rechercheprojekt aufgeklärt und ausführlich dokumentiert. Die von ihm und teilweise auch von anderen Wissenschaftlern aufbereiteten und systematisierten Forschungsergebnisse – Einzelstudien und Kurzbiographien der Erschossenen – wurden unlängst in einem Sammelband und auf einer beiliegenden CD publiziert.

Diese Veröffentlichung schließt eine weitere, bisher noch klaffende Lücke bei der Aufarbeitung der deutschen Besatzungs- und Nachkriegsgeschichte. Hinsichtlich ihrer Anlage und Strukturierung orientiert sie sich weitestgehend an dem seit 2005 in mehreren Auflagen erschienenen Handbuch „Erschossen in Moskau“, welches die Lebens- und Todesdaten von

927 deutschen zivilen Erschießungsoffer der SMT und der Sonderberatung des MGB in Moskau (OSO) im Zeitraum von 1950 bis 1953 darbietet.

Ausgangsbasis für die biographischen Recherchen bildeten zwei in der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HA-IT) in Dresden vorliegende Datenbanken und gleichfalls dort gesammelte Aktenkopien aus russischen Archiven und Moskauer Dienststellen (unter anderem Begnadigungsvorgänge, Haftakten, Rehabilitierungsbescheide). Wie bei den Totenbuchprojekten der sowjetischen Speziallager erwies sich auch in diesem speziellen Fall die Zentrale Namenskartei des DRK-Suchdienstes in München als eine außerordentlich wichtige Quelle zur Identifizierung und weiteren biographischen Verortung von Personen, deren Namen zunächst nur in russischer Schreibweise vorlagen. Ergiebig war auch die Suche in den Archivbeständen des BStU. Durch die Auswertung von MfS-Unterlagen konnte Weigelt allein 300 bisher unbekannte Personen – zumeist Angehörige von Polizeibataillone und von anderen deutschen Repressionsorganen – eruieren, die von SMTs zum Tode verurteilt worden waren. Nach seinen Ermittlungen verhängten sowjetischen Justizgremien von 1944 bis 1947 insgesamt 2469 mal die Höchststrafe gegen deutsche Zivilisten – 62 von ihnen waren Frauen und Mädchen –, welche dann wahrscheinlich auch vollstreckt wurde. Allerdings liegen bisher nur für 2155 Fälle eindeutige Belege für eine erfolgte Erschießung vor. Diese Zahlenangaben sind vorläufig, da bisher komplette Listen mit allen Todesurteilen nicht ermittelt werden konnten.

Bemerkenswert ist, daß Weigelt bei seinem Recherche- und Dokumentationsvorhaben auch jene Frauen und Männer erfaßt hat, die die sowjetischen Sicherheitsorgane bereits ab 1944 in Ostpreußen und im heutigen Polen verhaftet hat-

ten und die beim wissenschaftlichen Diskurs über die menschlichen Kriegs- und Nachkriegsverluste bisher nicht gebührend beachtet und zumeist vergessen wurden.

Handelte es sich bei den von der sowjetischen Militärgerichtsbarkeit und von der OSO 1950 bis 1953 zum Tode Verurteilten überwiegend um wirkliche oder vermeintliche Gegner des Besatzungsregimes bzw. der forcierten prokommunistischen gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, so wurde im Zeitraum 1944 bis 1947 die Höchststrafe allerdings überwiegend bei Personen verhängt, die man schwerlich als „Opfer des Stalinismus“ bezeichnen kann. Von den 2469 mit Kurzbiographie vorgestellten Deutschen wurden mehr als zwei Drittel – vielfach ohne Zweifel oft auch zu Recht – wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer NS-Delikte angeklagt. Dementsprechend ist der Anteil der von der sowjetischen Generalstaatsanwaltschaft ausgesprochenen Rehabilitierungen und Teilrehabilitierungen unter den 2469 „Höchststraflern“ mit etwa rund einem Drittel vergleichsweise gering. Nichtsdestotrotz sollten künftige interdisziplinäre Forschungsvorhaben unter Berücksichtigung der historischen Rahmenbedingungen auch bei dieser Personengruppe analysieren und schlußfolgernd bewerten, ob die Einleitung eines geheimpolizeilichen Ermittlungsverfahrens, dessen Ablauf und das verhängte Strafmaß im Einzelfall angemessen waren.

Der Sammelband enthält drei Studienbeiträge, die zur wissenschaftlich-historischen Einordnung des auf der CD offerierten biographischen Daten- und Faktenmaterials beitragen sollen. Sie behandeln die ganze Bandbreite von Handlungen und Vorwürfen, wie zum Beispiel NS-Verbrechen, „Werwolf-tätigkeit“, Spionage, politisch motivierter Widerstand und kriminelle Handlungen, die den Todesurteilen zugrundeliegen.

Der einleitende Artikel von Klaus-Dieter Müller gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Repressionspraxis der sowjetischen Geheimdienst- und Justizorgane in der sowjetischen Besatzungszone. Darüber hinaus enthält er bezüglich der Todesurteile komprimierte Aussagen und statistisches Material. Leider enthält die Ausarbeitung von Müller eine Reihe von Ungenauigkeiten und widersprüchlichen Angaben. Darüber hinaus fällt auf, daß die Inhalte der im Fußnotenapparat erwähnten aktuellen Forschungsliteratur im Ausführungstext mitunter unberücksichtigt bleiben.

Mike Schmeitzner untersucht in seiner Darstellung in Anknüpfung an bereits vorliegende Forschungsergebnisse die Verurteilung von NS-Eliten vor sowjetischen Gerichten. Dabei geht er für den Zeitraum von 1945 bis 1947 speziell auf Funktionäre des reichsdeutschen Repressionsapparates, auf Partei- und Verwaltungsfunktionäre, auf sogenannte NS-Propagandisten und auf Spitzendiplomaten ein und kommt zu der eigentlich nicht überraschenden Schlußfolgerung, daß es hinsichtlich dieser vier Personengruppen sowjetischerseits keine konsequente juristische Abrechnung gab und diesbezüglich immer Nützlichkeitsabwägungen und Propagandaabsichten eine ausschlaggebende Rolle spielten.

Der Beitrag von Andreas Weigelt befaßt sich mit den Tötungsverbrechen, die das Polizeibataillon 304 aus Chemnitz auf dem Territorium der besetzten Sowjetunion und in Polen begangen hat. Er geht der Frage nach, in welchem Maße sowjetische Tribunale sowie Gerichte in Ost- und Westdeutschland diese Untaten geahndet haben. Allein 78 Angehörige dieser Einsatztruppe wurden vom Tribunal der 19. Mechanisierten Gardedivision mit der Todesstrafe belegt.

Aus der Feder von Weigelt stammt auch eine umfangreiche 357 Seiten umfassende detaillierte und mit erläuternden Ausführungen versehene Fallgruppenübersicht. Sie dient als unabkömmlicher Erschlie-

Bungsregister und als Leitfaden für die auf der CD enthaltene biographische Dokumentation.

Die erwähnten Studientexte hinterlassen zum Teil einen unbefriedigenden Eindruck. Speziell zur Praxis der geheimpolizeilichen Untersuchungsorgane und der Militärtribunale sowie zum Vollzug der Todesstrafe bleiben viele Fragen offen. So gibt es keine Angaben zu den Hinrichtungskommandos und deren Dienstanzweisungen. Unbekannt ist immer noch, wo genau die meisten der Erschießungen stattfanden und wie die Leichen beseitigt wurden. Außerhalb der Betrachtung bleiben gleichfalls diejenigen Personen, die in U-Haft getötet wurden und nach Mißhandlungen oder durch Hunger und Krankheiten sowie durch Suizid verstorben sind. Sie werden bisher in keinem Totenbuch erwähnt.

Peter Erler

Hammer, Jean-Pierre: Es war einmal die DDR. Bericht eines Augenzeugen aus Frankreich. Berlin: Dreilinden Verlag 2015, 282 Seiten, 27,95 €.

Jean-Pierre Hammer hat in seinem Buch „Es war einmal die DDR“ eine Fülle persönlicher Erfahrungen zusammengestellt, in denen schlaglichtartig die gesellschaftliche wie vor allem die kulturpolitische Situation in der DDR von 1962 bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 an zahlreichen konkreten Beispielen dargestellt und entlarvt wird. Hier sind es wirklich „Enttüllungen eines Direktzeugen“. Im Zentrum seines erinnerungsreichen Überblicks stehen herausragende oppositionelle Persönlichkeiten wie der schon im Dritten Reich zum Tode verurteilte Antifaschist Robert Havemann und der in der DDR mit Auftrittsverbot belegte und schließlich ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann, aber auch Katja Havemann, Eva-Maria Hagen, Peter Huchel, Hanns Eisler, Jürgen Fuchs, Charlotte und Walter Janka, Thomas und Christia-

ne Rusch, Johannes Meinl, der Pfarrer von Grünheide und auch Unbekannte.

Durchweg handelt es sich um überzeugte Humanisten und Demokraten, die alle den stalinistischen Parteidogmatismus der „Genossen“ Ulbricht und Honecker als „fürchterliche Karikatur des Sozialismus“ ablehnten. Da der Autor mit ihnen allen freundschaftlich verbunden war, ergibt sich aus seinen authentischen Zeugnissen ein beklemmender Einblick in das ebenso unmenschliche wie perverse Überwachungssystem der Stasi, zumal es auch ihm selbst nicht erspart blieb, „beobachtet und bedroht“ zu werden, wie es zahlreiche Stasidokumente in Faksimiles beweisen.

Als überzeugter Verfechter von Völkerverständnis und Pazifismus ist Hammers Buch ein klares Bekenntnis gegen die Parteidiktatur der SED und ihre rücksichtslose „Kolonisierung der eigenen Bevölkerung“ (Heiner Müller). So erfahren wir, wie der vorgebliche „Arbeiter- und Bauernstaat“ in Wirklichkeit beschaffen war.

Hier lernen die Leser etliches über die perfiden Überwachungs- und Unterdrückungsmechanismen bis hin zur Menschenjagd sowie über die Mangelverwaltung durch eine korrumpierte Machtclique.

Aber den eigentliche Schwerpunkt dieses Werks bildet meines Erachtens das Gedankengut Robert Havemanns, das uns der Wissenschaftler und echte Demokrat schon 1980 –also zwei Jahre vor seinem Tod – in seinem Hauptwerk „MORGEN“, überlassen hat und den Jean-Pierre Hammer auch weiterführt als eine klare, eindeutige Antwort auf die heutige sogenannte Krise, die nur durch einen realen Kurswechsel überwunden werden kann: Statt Profit für einige Individuen, die dazu Krieg, Korruption und Ausbeutung brauchen, soll das Ziel aller ehrlichen Menschen aus klarem Walten und Wirken zum Besten der ganzen Menschheit bestehen. Die Wahl steht offen: Ha-

ben oder Sein. Klarer ausgedrückt: Alle Menschen sollen unbedingt das haben, was sie, um menschlich zu leben, brauchen.

Der engagierte Bericht Hammers wird zu einem überzeugenden Plädoyer für freie Meinungsäußerung wie überhaupt für die freie Entfaltung eines jeden Individuums.

Wer wissen will, wie kläglich und gefährlich es um den Alltag der Menschen in einer Diktatur wie der DDR bestellt ist, braucht nur dieses leidenschaftlich geschriebene Buch zu lesen. Es macht uns mit einer ebenso plastischen wie spannenden Serie von Erinnerungen an die verfolgten Opponenten des DDR-Regimes vertraut, verbunden mit einer „Aussicht auf eine humane, neuartige, mögliche Lebensweise“. Jean-Pierre Hammers letztes Treffen mit Robert Havemann fand statt, als dieser Feind Nr. 1 des Regimes sich 1977 im scharfen Hausarrest befand. Havemann gab der Zeitung *Le Monde* ein damals geheimes dreistündiges Interview, das die DDR-Behörden in Rage versetzte. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist Hammers Treffen mit Havemann ein Abenteuer, das schon allein für sich verdient gelesen zu werden.

Die bisher unveröffentlichte prägnante vollseitige Fotoreportage in der DDR (1977 bis 1978) von Alain Fischer illustriert das Buch. Ergänzt wird es von einigen Holzdrucken und Ölbildern des Autors, der nicht nur als politisch engagierter Zeitzeuge, sondern auch als Maler, Bildhauer und Musiker Wirklichkeit und Utopie anfaßt. Das Buch erlaubt uns hiermit eine lohnende Begegnung mit einem vielseitigen, ungemein lebendigen und liebenswerten Menschen.

Theo Buck

Kurz & bündig

Rätzke, Dorian: Zwischen Stacheldraht und Strandkorb. DDR-Alltag an der Lübecker Bucht. Ostseebad Boltenhagen: Boltenhagen Verlag 2014, 219 Seiten, 15,90 €.

Eine vierte, leicht aktualisierte Auflage von „Zwischen Stacheldraht und Strandkorb. DDR-Alltag an der Lübecker Bucht“ von Dorian Rätzke legt der Boltenhagen Verlag vor. Der Verlag wird als Familienbetrieb gemeinsam mit einer Buchhandlung und Galerie in Boltenhagen geführt. Neben Reiseführern veröffentlicht er auch lokalthistorische Bücher. „Zwischen Stacheldraht und Strandkorb“ gehört zu seinen Bestsellern – zu Recht, denn dem Buch gelingt die schwierige Verbindung der ernsthaften Thematisierung des DDR-Grenzregimes mit einer spannenden, zuweilen unterhaltsamen Lektüre. Dies ermöglicht die an eine Erkundungsreise angelehnte Erzählstruktur. Der Autor Dorian Rätzke führt die Leser ausgehend vom Ostseebad Boltenhagen über zehn Stationen die Lübecker Bucht entlang bis zum ehemaligen Interzonenbahnhof Herrnburg. Die Geschichten aus den verschiedenen Orten werden als Porträts ihrer Bewohner erzählt und aus Archivüberlieferungen rekonstruiert. Sie gewinnen an Anschaulichkeit durch die Wiedergabe unterschiedlicher Sichtweisen auf das Grenzregime. So interviewt Rätzke ebenso DDR-Flüchtlinge und BGS-Beamte wie auch ehemalige Angehörige der NVA-Grenztruppe, präsentiert ein reichhaltiges Fotomaterial aus Ost und West und spart dabei auch groteske Momente nicht aus. Seinen Betrachtungen hat der Autor eine Perspektive eingeschrieben: Den verantwortungsvollen Umgang mit der Natur an der Lübecker Bucht anstelle eines „Bauland-Pokers im Todesstreifen“ und die lebendige Erinnerung an die Tragödien und Irrtümer, die so viele der Grenzgeschichten in sich bergen.

Jan Kostka

Schieck, Edith: Und das Gras war grüner. Leben in der DDR, Ausreise und Neubeginn – ein Zeitdokument. Weiden: Wendepunktverlag 2012, 268 Seiten, 16,80 €.

Wie mehrere unserer Studien belegt haben, bewerten junge Menschen nicht nur aus den neuen Bundesländern die DDR nicht als Diktatur, sondern als sozialen Staat. Dieses Urteil basiert zumeist auf mangelnden Kenntnissen über das reale Leben im SED-Staat. Das vor zwei Jahren veröffentlichte Buch von Edith Schieck wirkt diesem Bild entgegen. Sie beschreibt anschaulich ihr Leben in der DDR und die Übersiedlung in die Bundesrepublik. Das Buch vermittelt ein über das Biographische hinausgehendes Bild vom Leben im kleineren deutschen Teilstaat. Im Dezember 1981 stellte die Familie einen ersten Ausreiseantrag. Aber erst nachdem sie ihr Haus zu einem Spottpreis verkauft hatten, entzog ihnen der SED-Staat die Staatsbürgerschaft und ließ sie im Mai 1984 über Österreich in die Bundesrepublik ausreisen. In Bayern fanden sie schließlich eine neue Heimat. Das mit vielen Fotos und Auszügen aus Stasi-Unterlagen illustrierte Buch erklärt am Beispiel einer Familiengeschichte gerade jungen Menschen das Leben in der DDR und die Gründe für das Verlassen dieser sozialistischen Diktatur.

Klaus Schroeder